Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.

JAHRESBERICHT 2004

Flüchtlingssolidaritätsarbeit in Schleswig-Holstein

INHALT

DER VEREIN

Lobbyisten für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein 3
Vorstand und Personal 3
Haushalt 2004 4

SOLIDARITÄTS- UND LOBBY-ARBEIT

Öffentlichkeitsarbeit 5
Politische Initiativen und Themen 6
Vernetzung - Kooperation - Behördenkontakte 7
Bericht der Vertreter des Flüchtlingsrates SH in der Härtefallkommission, *Arno Köppen u.a.* 8

OSTSEE KOOPERATION

Baltic Refugee Net - Ostseekooperation in der Flüchtlingshilfe, *Astrid Willer* 10

KINDERFLÜCHTLINGE

Projekt Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge & *lifeline* - Vormundschaftsverein, Margret Best/*Marianne Kröger* 12

AUSBILDUNG UND ARBEIT

Koordination der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft *perspective*, *Claudia Langholz* 14
EQUAL-Teilprojekt *restart* - Beruflicher Neuanfang für Flüchtlinge, *Astrid Willer* 15
Planungen: *„Land in Sicht!"* und *„NOBI"*, *Claudia Langholz* 17

SCHULUNG - BEGLEITUNG - BERATUNG

Projekt Brise - Qualifizierung von Ehrenamtlichen, *Bernhard Karimi* 20
Verfahrensberatung in der Abschiebehaft Rendsburg, *Bernhard Karimi* 20

KAMPAGNEN

Koordination des Bündnisses Bleiberecht Schleswig-Holstein, *Bernhard Karimi* 21

ANHANG

Presseerklärungen und -mitteilungen 24
Veranstaltungen des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein 2004 25
Satzungsauszug - der Vereinszweck 27
Beitrittsformular 27
Leitbild des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein 28

IMPRESSUM

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. ist der Dachverband der unabhängigen im Bundesland engagierten Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen der solidarischen Flüchtlingshilfe. Der Verein ist mit der Nummer 502 VR 4075 KI im Vereinsregister des Amtsgerichts Kiel eingetragen und vom Finanzamt Kiel als gemeinnütziger Träger anerkannt.

Die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins sind die Koordinierung und Vernetzung der Aktivitäten von Flüchtlingsinitiativen und politischen Aktionen, der Informationsaustausch, die Vertretung und Lobbyarbeit gegenüber Parteien, Landes- und Kommunalbehörden, die Durchführung von Schulungen und Bildungsmaßnahmen, die direkte Unterstützung von unbegleiteten, minderjährigen und anderen Flüchtlingsgruppen, sowie die antirassistische Öffentlichkeitsarbeit.

Sitz des Vereins:
Oldenburger Str. 25
D-24143 Kiel
Tel.: 0431-735000 Fax: 0431-736077,
e-mail: office@frsh.de, Internet: www.frsh.de

Spendenkonto: Flüchtlingsrat S.-H., EDG Kiel, KtoNr.: 152 870, BLZ: 210 602 37

Förderung: Die Arbeit des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein wurde 2004 gefördert durch das Land Schleswig-Holstein, die Bundesregierung, die Europäische Union, BingoLotto, die Stiftung Aktion Mensch, den Förderverein PRO ASYL e.V., die Bundesagentur für Arbeit, die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V. und Terres des Hommes.

Erscheinungsdatum des Jahresberichts: 26.Februar 2005

Lobbyisten für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Im Bundesland Schleswig-Holstein leben ca. 15.000 Flüchtlinge. Sie sind entweder im Wartestand eines noch nicht entschiedenen Asylverfahrens, leben hier als anerkannte Flüchtlinge mit befristetem oder unbefristetem Aufenthaltsstatus oder werden als vollziehbar Ausreisepflichtige lediglich geduldet. Die Aufnahmequote des Landes betrug im Berichtszeitraum 2,8 %. Die Unterbringung von Flüchtlingen geschieht in Landesunterkünften in Lübeck und Neumünster oder nach der Weiterverteilung in mehrheitlich Gemeinschaftsunterkünften in allen Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. besteht als eingetragener Verein seit 1991. Er ist ein unabhängiger Zusammenschluss von Initiativen, Gruppen, Organisationen sowie Einzelpersonen der solidarischen Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein. Die Mitglieder des Flüchtlingsrats sind Initiativen, Organisationen und Einrichtungen der Flüchtlingshilfe (28%), BeraterInnen aus Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen (16%), JuristInnen (5%), VertreterInnen von Partnerorganisationen aus Menschenrechts- und Bildungsarbeit (6%) und in der Solidaritätsarbeit engagierte Einzelpersonen (37%).

Grundlage der Arbeit ist die Satzung (Seite 27) und das im Jahr 2004 beschlossene Leitbild (siehe Rückseite).

Der Flüchtlingsrat berät und unterstützt seine Mitglieder, Migrationseinrichtungen, Flüchtlings- und Exilorganisationen. Er ist Träger themen- und zielgruppenspezifischer Projektarbeit, führt Bildungs- und Schulungsmaßnahmen durch und koordiniert bündnisgetragene Kampagnen der flüchtlings- und migrationspolitischen Öffentlichkeitsarbeit. Der Flüchtlingsrat ist Mitglied der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL e.V. sowie der bundesweiten Netzwerke der Landesflüchtlingsräte und der EQUAL-Asyl- Entwicklungspartnerschaften.
Im Rahmen landesweiter Vernetzung und im Zuge von Beratungsprozessen, bei Projekten und bei Veranstaltungen kooperiert der Flüchtlingsrat regelmäßig mit Kirchen, Verbänden, Menschenrechtsorganisationen, Parteien, Behörden und regionalen politischen Aktionsgruppen.
Der Flüchtlingsrat ist als gemeinnütziger Träger anerkannt und finanziert seine Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, er erhielt im Berichtszeitraum institutionelle und projektgebundene Förderungen durch das Land Schleswig-Holstein sowie von der Europäischen Kommission, vom Bund und seitens verschiedener Drittmittelgeber.

Vorstand und Personal

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. hat im Berichtszeitraum 2004 seine satzungsgemäßen Aufgaben erfüllt.

Das Quartalsmagazin „Der Schlepper" ist planmäßig realisiert worden. Mit der Sondernummer 29/30 „Landtagswahlkampf" ist es gelungen, die Anliegen von Flüchtlingen und MigrantInnen sowie das Thema Integration in die aktuellen (partei)politischen Diskussionen einzubringen. Neben einem Wand- und einem Ramadankalender konnten Publikationen zu den Themen Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge, Kinderflüchtlinge und Ostseekooperation realisiert werden. Im Berichtszeitraum haben Zugriffe auf die web-Präsenzen des Flüchtlingsrates und Beratungsanfragen in der Geschäftsstelle deutlich zugenommen.

Zahlreiche zielgruppen- oder themenspezifische Schulungen und öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit z.T. überregionaler Bedeutung wurden vom Flüchtlingsrat oder mit seiner Beteiligung durchgeführt. Neue Zielgruppen konnten u.a. im Zuge der Kooperation mit dem Kieler Schauspielhaus und anderen Events des Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein erreicht werden.

Die Verleihung von Preisen des Bündnisses Demokratie & Toleranz und der Nordelbischen Synode an den Flüchtlingsrat, sein Projekt „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge" und an das Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein, die Demonstrationen zur Innenministerkonferenz in Kiel und Lübeck sowie die Unterstützung von Aktionen tschetschenischer Flüchtlinge zum Staatsbesuch des russischen Präsidenten W. Putin in Schleswig haben erhebliche Medienaufmerksamkeit erfahren und die Arbeit des Flüchtlingsrates weiter bekannt gemacht.

Geschäftsführender Vorstand 2004

Vorsitzende
bis 14.2.: Margret Best, Pädagogin, Bordesholm,
seit 14.2.: Elisabeth Hartmann-Runge, Pastorin, Lübeck

Stellvertretender Vorsitzender
bis 14.2.: Thomas Jung, Rechtsanwalt, Kiel,
seit 14.2.: Arno Köppen, Rechtsanwalt, Tellingstedt

Kassenwartin
Gisela Nuguid, Migrationssozialberaterin, Norderstedt

Personal und Zuständigkeiten

(Stand 12/2004):

Geschäftsstelle:
Martin Link, Gabi Köhler, Astrid Willer

EFF-Projekt Brise
Bernhard Karimi

Abschiebehaftberatung
Bernhard Karimi und ehrenamtlich Silke Dietrich.

Arbeitsbereich Kinderflüchtlinge:
Marianne Kröger und im EFF-UMF-Projekt Margret Best.

Baltic-Refugee-Netzwerk:
Astrid Willer und Wolgang Pomrehn (Honorar)

EQUAL-EP perspective:
Claudia Langholz (Koordinatorin), Marzena Watroba (Verwaltung), Astrid Willer & Farzaneh Vagdy-Voß (Teilprojekt *restart*).

Honorarwebmaster:
Oliver Wollersheim (www.frsh.de und equal-web-Seite),
Paco Nuguid (www.baltic-refugee.net)

Haushalt 2004

Geschäftsstelle Flüchtlingsrat SH, Hj. 2004 (EDG-Konto: 152 870)			
		Ausgaben	**Einnahmen[1]**
Geschäftsstelle		155.804	143.717
EFF-Projekt UMF		30.835	37.268
EFF-Projekt Brise		55.208	44.289
Geschäftsbereich Trägerschaft EQUAL	EP-Koordination	14.218	
	TP restart	20.278	22.763
Projekt Ostseekooperation		11.007	11.430
Zwischensaldo		287.350	259.460
Außenstände (in 2004 fällige Raten von: EFF, Pro Asyl, Bingo u.a.)			39.794
Gesamtbilanz 2004:		**287.350**	**299.254**

Der Haushalt der FR-Geschäftsstelle inklusive der Bewirtschaftung der Projekte Ostseekooperation, EFF-UMF und EFF-Brise betrug im Berichtszeitraum an Ausgaben 287.350 EUR gegenüber Einnahmen von 259.460 EUR. Außenstände von 39.794 gleichen die Bilanz rechnerisch aus. Die Außenstände von 39.794 EUR sind durch die nachgehende und regelmäßig verfristete Zahlung von Förderungsraten verschiedener Drittmittelgeber bedingt.

[1] Eigenmittel sowie Förderungen seitens des Landesregierung SH, Europäischer Flüchtlingsfonds, Arbeitsagentur, Pro Asyl, BingoLotto, Terre des hommes.

EQUAL EP perspective (EDG-Konten: 1 152 870 & 2 152 870)			
		Ausgaben	**Einnahmen**
EP Koordination			(aus 2003): 43.365(*)
			95.372
		145.779	138.737
Teilprojekt restart			(aus 2003): 23.984(*)
			154.522
		199.252	178.506
Zwischensaldo		345.031	317.243
Außenstände	EP-Koordination		37.106
	TP restart		37.598
Gesamtbilanz 2004:		**345.013**	**391.947**

Der Flüchtlingsrat SH ist seit 2002 Mittelempfänger sowie Träger der Koordination und verschiedener Teilprojekte in der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft perspective. Teile der im Haushaltsjahr 2004 geflossene Mittel in Summe von 67.349 EUR(*) sind nachgezahlte Förderraten des ESF für schon im Hj. 2003 umgesetzte Maßnahmen. In diesen Beträgen enthalten sind darüber hinaus aus den Hjen 2002 und 2003 zur Verwendung in 2004 übertragene Mittel in Summe von 25.392 EUR (EP-Koordination: 19.829 EUR, TP restart: 5.563 EUR).

Miete u. räumliche Kooperation

Die Räume in der Oldenburger Strasse 25, Kiel-Gaarden beherbergten im Berichtszeitraum die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V., die Koordinationsstelle der EQUAL Entwicklungspartnerschaft perspective, den EFF- und SAM-geförderten Kinderflüchtlingsbereich, den Vormundschaftsverein lifeline e.V., das EFF-Pojekt Brise und den Förderverein Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V..

Im Sophienblatt 64a, Kiel-Mitte befinden sich bei der ZBBS e.V. in Untermiete Büro- und Unterrichtsräume für das vom Flüchtlingsrat getragene EQUAL-Teilprojekt *restart*.

Förderverein Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.:

Der FÖRDERVEREIN Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. hat seinen Sitz in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates. Der FÖRDERVEREIN sammelt gezielt Spenden für die Flüchtlingshilfe. Über den FÖRDERVEREIN informiert ein vorrätiges Faltblatt und eine Seite auf der homepage des Flüchtlingsrates: www.frsh.de/foeve.html

Öffentlichkeitsarbeit

Der Schlepper

Das migrationspolitische Quartalsmagazin *Der Schlepper* mit Diskussionsbeiträgen und Artikeln zu Herkunftsländern, Erlasslage, Verwaltungshandeln und Rechtsprechung, mit Veranstaltungshinweisen und Regionalberichten erhalten alle Mitglieder des Flüchtlingsrates kostenlos. *Der Schlepper* kann abonniert werden, er ist regelmäßig bei Veranstaltungen des Flüchtlingsrates erhältlich und steht darüber hinaus im Internet zur Verfügung. Er erschien im Jahre 2004 mit folgenden Ausgaben:

- Nr. 26, Frühjahr 2004
- Nr. 27, Sommer 2004, Sonderheft: Innenministerkonferenz in Kiel
- Nr. 28, Herbst 2004, Schwerpunkt: Ostsee & Europa
- Nr. 29/30, Herbst 2004, Sonderheft: Landtagswahl 2005
- online-Ausgaben: http://www.frsh.de/schlepp.htm

Der Schlepper erscheint regelmäßig mit einer Auflage von 1.600 Exemplaren. Von der Nr. 29/30 wurden 2.000 Exemplare gedruckt.

Wandkalender

In Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung SH ist im Berichtszeitraum der Wandkalender „Flüchtlingsleben in Schleswig-Holstein 2005“ in einer Auflage von 2000 Expl. erschienen und vertreiben worden.

Außerdem hat der Flüchtlingsrat in Kooperation mit Kursteilnehmern aus dem EQUAL-Projekt *restart* einen Kalender zum Ramadan herausgegeben.

Internet

Die internetgestützte Öffentlichkeitsarbeit des Flüchtlingsrates hat sich im Berichtszeitraum intensiviert. Spürbar mehr Anfragen gehen beim Flüchtlingsrat ein, nachdem Personen auf unsere Arbeit über das Internet aufmerksam geworden sind.

- ***www.frsh.de***

Homepage des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V. mit Zugängen zu den Web-Auftritten der EQUAL-EP *perspective*, des Projektes *Ostseenetzwerk*, dem *Förderverein*, dem Projekten Abschiebungshaftberatung und Vormundschaftsverein *lifeline* sowie dem Bündnis *Hiergeblieben!*.

Im Berichtszeitraum wurde das Dateiangebot an amtlichen Dokumenten erweitert und regelmäßig aktualisiert (HFK, Erlasse, behördliche Stellungnahmen, Richtlinien, Gesetzentwürfe, etc).

Im Zeitraum 2/04 bis 1/05 haben auf der Seite *www.frsh.de* 66.500 BesucherInnen (33% Steigerung gegenüber 2003) 809.442 Dateianfragen (30% Steigerung) getätigt.

- **www.frsh.de/perspective/index.htm**

Die Homepage der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft *perspective* mit Informationen über die verschiedenen Qualifizierungsangebote, Veranstaltungen, Pressearbeit, bundes- und europaweite Vernetzung, hat einen deutlichen Ausbau erfahren.

- **www.baltic-refugee.net**

In die Homepage des Ostseekooperationsnetzwerkes mit Informationen zur Asyl- und Ausländerrechtslage in allen Ostseeanrainerländern, Adressen, Materialhinweisen, online-Publikationen etc., sind umfangreich neue Informationen zu den neuen baltischen EU-Mitgliedsländern und Polen eingearbeitet worden. Die Ostsee-Mailingliste www.proasyl.de/mailman/listinfo/balticmail vernetzt TeilnehmerInnen aus allen Ostseeanrainerländern.

Mailingliste Schleswig-Holstein

http://www.frsh.de/ml_main.html: Die „Mailingliste Schleswig-Holstein“ besteht seit 2000. Inzwischen haben sich 215 NutzerInnen (8% Steigerung) eingetragen. Schwerpunkt ist die Multiplikation von Informationen und Materialien für die politische, soziale und juristische Flüchtlingssolidaritätsarbeit. Im Berichtszeitraum wurden über die Liste 326 Nachrichten und Dokumente (30% Steigerung) versandt.

Weitere Mailinglisten pflegen die EP *perspective* und der Vormundschaftsverein *lifeline*.

Presseverteiler

Diverse Presse- (s.o.) und Medienveröffentlichungen konnten im Berichtszeitraum erreicht werden. Der Presseverteiler des Flüchtlingsrat enthält 150 Adressen. Alle Presseveröffentlichungen stehen im Internet: http://www.frsh.de/presse/presse.htm (S.24)

Veranstaltungswerbung

Zu allen vom Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum durchgeführten Veranstaltungen wurden Ankündigungsflyer und Programmfalter in hoher Auflage gedruckt und landesweit, z.T. darüber hinaus, verbreitet. Außerdem geschah die Veranstaltungswerbung zunehmend erfolgreich im Internet und über die vom Flüchtlingsrat moderierten Mailinglisten.

Politische Initiativen, Themen und Pläne

Leitbild

Der Flüchtlingsrat hat die im Jahr 2003 begonnene Diskussion im Berichtszeitraum mit dem Beschluss über sein neues Leitbild abgeschlossen. Das Leitbild stellt neben der Satzung und den Beschlüssen der Mitgliederversammlung die ideelle Grundlage der Arbeit des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein dar. Das Leitbild wurde im Magazin „Der Schlepper" Nr. 29/30 und im Internet veröffentlicht: http://www.frsh.de/verein/frsh_leitbild.pdf (siehe auch Rückseite dieses Jahresberichts).

Forderungskatalog zur Landtagswahl

Der Flüchtlingsrat hat im Herbst 2004 sein Positionspapier „Aufnahme, Schutz und Perspektiven" mit einem flüchtlingspolitischen Forderungskatalog zur Landtagswahl 2005 im Magazin „Der Schlepper 29/30" veröffentlicht und den Parteien zugänglich gemacht: http://www.frsh.de/pdf/frsh_wahl2005.pdf

Stellungnahmen

Der Flüchtlingsrat hat Stellungnahmen zu Entwürfen z.B. zur Härtefallkommission in der Landesaufnahmeverordnung erarbeitet und den zuständigen Landesbehörden vorgelegt. In Einzelfällen oder zu Verwaltungspraktiken kam es z. T. zu kontroversen Briefwechseln mit verschiedenen Kommunen und obersten Landesbehörden.

Workshop mit Landesamt

Mit dem Landesamt für Ausländerangelegenheiten kam es nach Diskussionen konkreter Einzelfälle zu einem Workshop über die Rechtssituation von Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen und den Verwaltungsumgang mit ihnen. Über den Workshop wurde eine Dokumentation herausgegeben.

Gespräche mit Parteien

Das Team der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats hat Gespräche mit den Fraktionen fast aller im Landtag vertretenen Parteien (SPD, B90/Grüne, SSW, FDP) geführt, hierbei die Struktur und Schwerpunktsetzung des Flüchtlingsrates transparent gemacht und einen Meinungsaustausch zu flüchtlingspolitischen Fragen (Bleiberechtsregelung, ZuwG, Härtefallkommission, Abschiebungshaft, Verwaltungshandeln bei Unterbringung und Aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, UMF etc) geführt. Ein Gespräch mit der CDU kam noch nicht zustande und soll 2005 gelingen.

Innenministerkonferenz

Im Jahr 2004 führte Schleswig-Holstein den Vorsitz in der Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder (IMK). Der Flüchtlingsrat bemühte sich daher im Berichtszeitraum besonders, die Bleiberechtsforderung und andere flüchtlingspolitische Themen mit Bezug zur IMK im Schlepper und in der Pressearbeit zu setzen und die IM-Konferenzen in Kiel und Lübeck durch öffentliche Aktionen zu begleiten. Im Vorfeld der Herbst-IMK kam es z.B. zu einem ausführlichen Gespräch mit dem Innenminister und der Vertreterin der Menschenrechtsorganisation Memorial, Libkhan Basajewa, zur Frage der inländischen Fluchtalternative in für Tschetschenen in Russland, das vom Flüchtlingsrat vermittelt und begleitet wurde.

lifeline e.V.

Der Flüchtlingsrat hat im Sommer den Vormundschaftsverein lifeline e.V. unter seinem Dach gegründet und mit dem Innen- und dem Jugendministerium viel versprechende Gespräche über die Landeförderung geführt, die 2005 Frucht bringen sollen.

ESF-Förderung

Die Beantragung von ESF-Förderungen für die zweite EQUAL-Förderperiode (2005-2007) in den Themenschwerpunkten „Asyl" und „MigrantInnen" sind bewilligt worden und markieren damit für den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein eine auch künftige Schwerpunktsetzung im Themenbereich der Arbeits- und Ausbildungsintegration für Flüchtlinge und andere MigrantInnen (vgl. Seite 18).

Eine Delegation der Demonstration anläßlich der Kieler Innenministerkonferenz im Juli 2004 legt dem Vertreter des Innenministeriums, Norbert Scharbach (3.v.l.), die Forderungen nach Bleiberechtsregelungen dar. U.a. Karl-Otto Meyer (1. v.l. für das Bleiberechtsbündnis SH), Bernd Mesovic (2.v.l. PRO ASYL), Ilse Schwartz (2. v.r. Netzwerk Afghanistan Info), Abdulla Mehmud (1.v.l. Lübecker Flüchtlingsforum).

Vernetzung - Kooperation - Behördenkontakte

Mitgliederversammlung und SprecherInnenrat

Im Berichtszeitraum fanden zwei Mitgliederversammlungen statt: am 14. Februar und am 16. Juni 2004.

Der SprecherInnenrat tagte am 19.1.2004 (Kiel), 16.4.2004 (Kiel), 21.5.2004 (Lübeck), 18.6.2004 (Kiel), 17.9.2004 (Kiel), 22.10.2004 (Neumünster). Hier wurden Entwicklungen in den Kreisen und Kreisfreien Städten, in der HFK oder bzgl. besonderer Gruppenthematiken besprochen sowie Initiativen des Flüchtlingsrates in Richtung (Landes)Regierung, Verwaltungen und/oder Öffentlichkeit bzw. Kooperationsprojekte mit Dritten verabredet. Der Landesflüchtlingsbeauftragte nimmt regelmäßig an den Sitzungen teil.

Die Protokolle von MV und SR-Sitzungen können von Mitgliedern angefordert bzw. in der Geschäftsstelle eingesehen werden.

Bleiberechtskampagne

Der Flüchtlingsrat hat in Kooperation mit 25 anderen Gruppen und Organisationen die Kampagne für das Bleiberecht von langjährig Geduldeten in Schleswig-Holstein weitergeführt und die Arbeit des Bündnisses Bleiberecht Schleswig-Holstein koordiniert: *www.hiergeblieben.info* (S.21)

NISCHE

Der Flüchtlingsrat arbeitet mit im Netzwerk für illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein. NISCHE ist Ort der Vernetzung und des Informations- und thematischen Erfahrungsaustausches von Gruppen, Einrichtungen und Organisationen. NISCHE erarbeitet Zielgruppen durch Information zu: z.B. für LehrerInnen, ÄrztInnen, RechtsanwältInnen, SozialarbeiterInnen. Der Flüchtlingsrat ist in der AG „Öffentlichkeitsarbeit“ aktiv. NISCHE sind:

- Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein
- Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
- Diakonieverein Migration Pinneberg e.V.
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
- Gesellschaft für politische Bildung e.V. Kiel
- Grenzgänger Neumünster e.V.
- Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein
- Lübecker Flüchtlingsforum e.V.
- NEK-Flüchtlingsbeauftragte
- ZBBS e.V.

Kieler Demonstration zur Innenministerkonferenz am 7.7.2004

Bundesweite Vernetzung

Martin Link hat den Flüchtlingsrat bei der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL e.V. und bei den regelmäßigen Konferenzen der Landesflüchtlingsräte vertreten. Am Rande der IMK hat am 17./18.November die vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ausgerichtete Konferenz der Landesflüchtlingsräte und PRO ASYL in Lübeck stattgefunden. Bei dieser Konferenz kam es zu einem ausführlichen Meinungsaustausch zu flüchtlings- und migrationspolitischen Themen mit dem Abteilungsleiter im Innenministerium, Norbert Scharbach, sowie mit dem Fraktionsvorsitzenden der FDP im Kieler Landtag, Wolfgang Kubicki. Der Flüchtlingsrat pflegt regelmäßige Kontakte zur Vertretung des UNHCR in Berlin und ist in der Deutschen Stiftung der UNO-Flüchtlingshilfe e.V. vertreten.

EQUAL-Asyl-Entwicklungspartnerschaften

Claudia Langholz hat den Flüchtlingsrat in der Bundesarbeitsgemeinschaft und im Thematischen Netzwerk (BMWA) der EQUAL-Asyl-Entwicklungspartnerschaften vertreten.

Weitere Mitgliedschaften

VertreterInnen des Flüchtlingsrates sind darüber hinaus Mitglied im

- Nordelbischen Arbeitskreis Asyl in der Kirche
- Flüchtlingsausschuss der Nordelbischen Kirchenleitung.

Gespräche mit dem Innenministerium

Der Flüchtlingsrat führte auch im Berichtszeitraum ca. alle 6 Wochen Gespräche mit dem Abteilungsleiter im Kieler Innenministerium sowie bedarfsweise mit weiteren Beamten dieser Landesbehörde.

Härtefallkommission

In der Härtefallkommission (HFK) war der Flüchtlingsrat vertreten durch: Peter Martensen, Husum; Arno Köppen, Tellingstedt; Sylke Willig, Rieseby; und Solveigh Deutschmann, Brammer (siehe Seite 8).

Mehr Information zur Härtefallkommission: *www.frsh.de/behoe/hfk.html*

Runder Tisch Schleswig-Holstein

Der Flüchtlingsrat hat am 2. April und am 10. Dezember 2004 an der Sitzung des Flüchtlings- und Migrationspolitischen Runden Tisches Schleswig-Holstein im Kieler Innenministerium teilgenommen.

Bericht der Vertreter des Flüchtlingsrats in der Härtefallkommission

Solveigh Deutschmann
Arno Köppen
Peter Martensen
Sylke Willig

Der Flüchtlingsrat ist Gründungsmitglied der seit 1996 bestehenden Härtefallkommission Schleswig-Holstein.

Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission im Innenministerium lädt sowohl die Vertreter, als auch die Stellvertreterinnen zu den Sitzungsterminen. In der Regel erscheinen sowohl die Vertreter des Flüchtlingsrates als auch die Stellvertreterinnen zu den Sitzungsterminen. Falls einer der Vertreter oder eine der Stellvertreterinnen verhindert ist, ist es Usus, die Geschäftsstelle als auch die Vertreter und Stellvertreterinnen hierüber vorab in Kenntnis zu setzen.

Bei sämtlichen 9 Sitzungen der Härtefallkommission im Jahr 2004 waren mindestens ein Vertreter des Flüchtlingsrates und mindestens eine Stellvertreterin anwesend, so dass der Flüchtlingsrat in allen Sitzungen voll stimmberechtigt war.

Im vorliegenden Berichtszeitraum hat die Härtefallkommission insgesamt 9 x getagt, nämlich am 20.01., 09.03., 06.04., 04.05., 29.06., 10.08., 31.08., 02.11. sowie 07.12.2004. Die Arbeitsatmosphäre in der Härtefallkommission war zunächst durch die sich über lange Monate hinstreckenden Verhandlungen von Bund und Ländern bzw. den Parteien bezüglich des Zuwanderungsgesetzes geprägt. In der ersten Jahreshälfte dominierten die bis zum Stillstand festgefahrenen das Zuwanderungsgesetz betreffenden Gespräche das Arbeitsklima, in der zweiten Jahreshälfte der sich dann abzeichnende Fortschritt und die sich auch auf die Zukunft der Härtefallkommission auswirkende gesetzliche Normierung einer Härtefallregelung im Zuwanderungsgesetz.

Vertreter des Flüchtlingsrates in der Härtefallkommission sind

- **Peter Martensen, Wöbbenbüll,**
- **Arno Köppen, Tellingstedt**

Stellvertreterinnen sind

- **Sylke Willig, Rieseby**
- **Solveigh Deutschmann, Brammer**

Den Vertretern und den Stellvertreterinnen des Flüchtlingsrates in der Härtefallkommission und den übrigen Vertretern und Stellvertretern war bei den jeweiligen einzelnen Beratungen dabei immer deutlich, dass jede einzelne Entscheidung über zur Abstimmung gebrachte Härtefallanträge möglicherweise Auswirkung auf eine damals zwar unsichere aber durchaus im Bereich des Möglichen liegende gesetzliche Normierung einer Härtefallregelung im Zuwanderungsgesetz hat.

Bei der Ausformulierung der Beschlüsse ist dabei sehr sorgfältig und mit hohem Diskussionsaufkommen neben dem konkreten Anliegen des Härtefallersuchens auch immer eine allgemeine Prüfung dahingehend vorgenommen worden, ob ein Härtefall im Sinne der damals gültigen Verfahrensgrundsätze gegeben ist. Auch wenn keine rechtliche Möglichkeit mehr gegeben war, um Antragsteller zu einem Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland zu verhelfen, ist, wenn die Mehrheit der Vertreter der Härtefallkommission zur Auffassung gelangt war, dass ein Härtefall im eigentlichen Sinne vorliegt, dies auch so im Beschluss kenntlich gemacht worden. Zwar hatte dies dann im konkreten Augenblick keine Auswirkungen auf das Härtefallersuchen, jedoch wurden damit bereits die Weichen für eine spätere nochmalige Befassung nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes und der hierin in § 23a Aufenthaltsgesetz normierten Härtefallregelung gestellt.

Im Verlaufe des Jahres 2004, insbesondere nachdem sich eine gesetzliche Normierung einer Härtefallregelung ab dem 01.01.1005 abzeichnete, sind die Anforderungen an eine Klassifizierung als Härtefall stetig gestiegen, wobei sich zwei Lager gegenüberstanden, zum einen die Vertreter und Stellvertreter der Nichtregierungsorganisationen, zum anderen die Seite des Innenministeriums.

Bewertung von psychischen Erkrankungen

Ein weiterer Schwerpunkt in den Sitzungen lag – jeweils bezogen auf Einzelfälle – bei der Bewertung von psychischen Erkrankungen als inlandsbezogene Vollstreckungshindernisse. Hierbei hat sich immer deutlicher herauskristallisiert, dass die Darlegung von psychischen Erkrankungen durch die Vorlage ärztlicher oder psychologischer Atteste bzw. Gutachten auf einem hohen Niveau zu erfolgen hatte, um hinreichende Erfolgsaussichten für eine Klassifizierung als inlandsbezogenes Vollstreckungshindernis zu implizieren. In diesem Zusammenhang ist von den Vertretern der Nichtregierungsorganisationen in der Härtefallkommission immer wieder auf Defizite bei den Amtsärzten hingewiesen worden, was eine faktische Umsetzung der Anordnung des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 15.05.2003 in der Praxis erschwert hat. Hier sind insbesondere die Vertreter und Stellvertreterinnen des Flüchtlingsrates nicht müde geworden, immer wieder auf besagte Anordnung hinzuweisen und diese auch immer wieder, wenn psychische Erkrankungen von den Antragstellern vorgetragen worden sind, in den Beschlussfassungen explizit zu benennen, um die Ausländerbehörden auf diese Weise dazu zu bringen, auch wirklich besagte Anordnung zu Gunsten der Betroffenen zu beachten.

„Besondere Integrationsleistungen"

Des Weiteren ist in den Sitzungen durchgehend der Bereich der „besonderen Integrationsleistungen" als Voraussetzung für eine Qualifizierung als Härtefall diskutiert worden. Hierbei hat sich im Verlaufe des Jahres ein Umschwung auf Seiten des Innenministeriums zu Gunsten der Sichtweise der Vertreter der Nichtregierungsorganisation in der Härtefallkommission abgezeichnet. Während zunächst neben einer geregelten Arbeit und einer schulischen Integration grundsätzlich auch ein besonderes (ehrenamtliches) Engagement der Flüchtlinge im gesellschaftlichen Bereich – zum Beispiel die Organisation von Begegnungstreffen zwischen Ausländern und Deutschen – vorausgesetzt worden waren, so zeichnete sich zum Ende des Jahres ab, dass auch die regelmäßige Teilnahme am Arbeitsprozess sowie ein regelrechter Schulbesuch als Integrationsmomente von maßgeblicher Bedeutung zu bewerten sind.

Schließlich lag ein Schwerpunkt der Arbeit insbesondere der Vertreter Nichtregierungsorganisationen darin, Härtefälle, die rechtlich von der Härtefallkommission zunächst nicht gelöst werden konnten und die die Kommission mit einem negativen Votum verließen, im

Nachhinein so aufzuarbeiten, dass – unter Einbeziehung der Ausländerbehörden – doch noch eine rechtlich fundierte Lösung verzeichnet werden konnte. In Einzelfällen sind die Antragsteller auf der anderen Seite, wenn sich abzeichnete, dass eine rechtliche Lösung nicht möglich war, entsprechend aufgeklärt und gezielt an Rückkehrberatungsstellen verwiesen wurden, um den Betroffenen Flüchtlingen zu einer Rückkehr in den Heimatstaat unter möglichst wenig belastenden Bedingungen zu ermöglichen.

Abschließend ist an dieser Stelle noch hervorzuheben, dass sich die Vertreter Nichtregierungsorganisation in der Härtefallkommission vor den Sitzungen über eine gemeinsame Strategie im Bezug auf einzelne Fälle abgestimmt haben.

Erfolgsbilanz von 15 Prozent

Wie in den Vorjahren auch, konnte in etwa eine Erfolgsbilanz von ca. 15 Prozent verbucht werden. Die Vertreter des Flüchtlingsrates in der Härtefallkommission bzw. die Stellvertreterinnen haben in jeder Sitzung pro Fall anonymisiert den von dem Flüchtlingsrat vorgegebenen Erhebungsbogen ausgefüllt und zur abschließenden Auswertung an die Geschäftstelle des Flüchtlingsrates übergeben, wie dies in der letzten Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats auch beschlossen worden war.

Zeitlicher Aufwand

Sowohl die Vertreter des Flüchtlingsrates in der Härtefallkommission als auch die Stellvertreterin haben zur Vorbereitung der Sitzung durchschnittlich 14 Stunden aufgewandt. Da die Vertreter und die Stellvertreterinnen alle berufstätig sind, erfolgte diese verhältnismäßig zeitintensive Vorbereitung in der Freizeit. Hinzugerechnet werden muss die eigentliche Sitzungszeit von durchschnittlich 3 ½ Stunden.

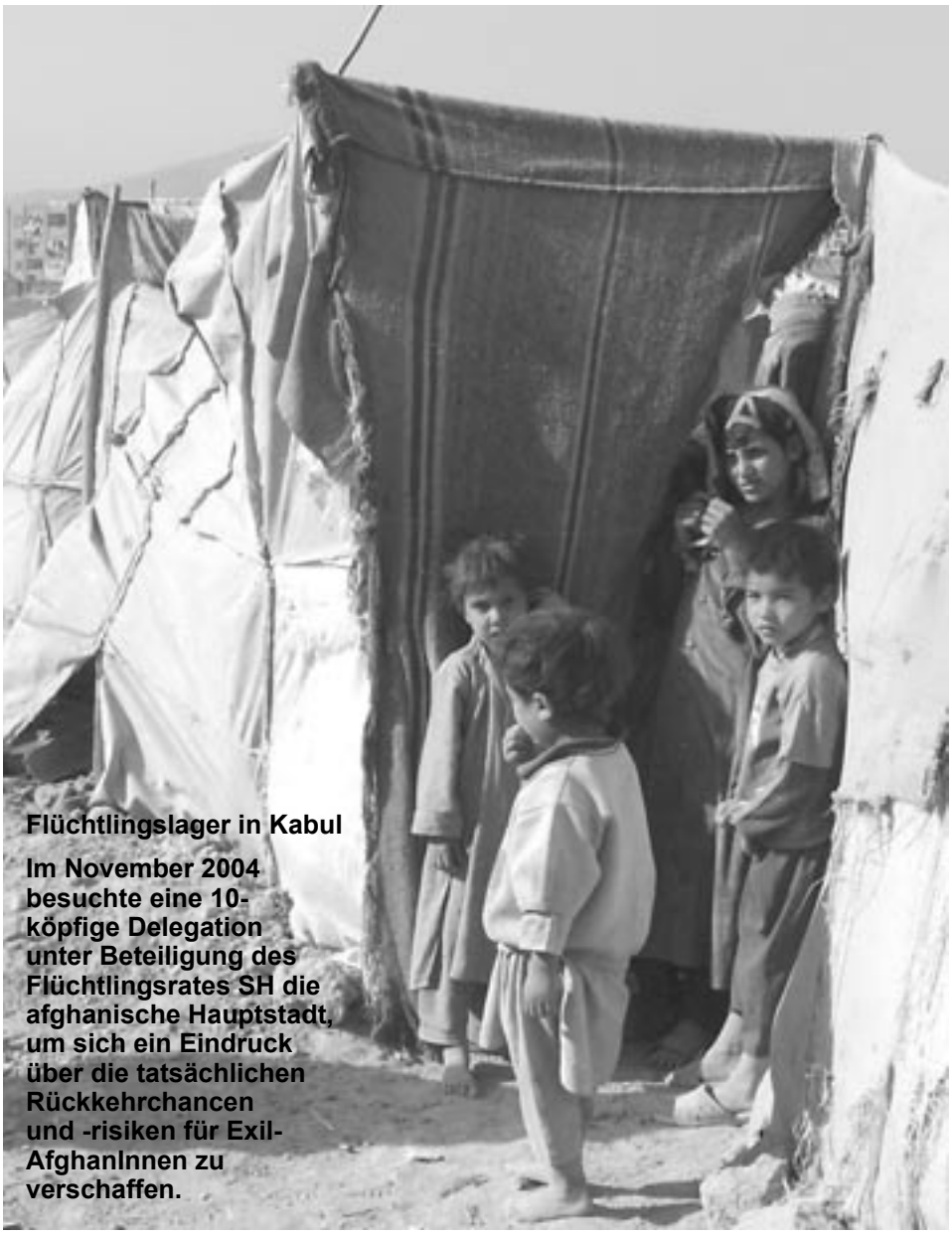
Schon jetzt zeichnet sich ab, dass der zeitliche Aufwand sowohl für die Vorbereitung der Sitzungen als auch der Sitzungen selbst wegen der gestiegenen Bedeutung der Härtefallkommission (§ 23a Aufenthaltsgesetz) im Jahr 2005 gravierend ansteigen wird. Hier wird mit einer Vorbereitungszeit von mindestens 20 Stunden pro Monat zu rechnen sein.

Kontinuität der Beteiligung

Bei der Frage, ob der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein auch zukünftig Vertreter in die Härtefallkommission entsendet, sollte nach unserer Auffassung besondere Beachtung der Umstand finden, dass die Intention des Flüchtlingsrates, Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland zu ihrem Recht auf menschenwürdiges Leben in Deutschland zu verhelfen, durch die Vertreter und Stellvertreterinnen in der Härtefallkommission zum Ausdruck kommt und auf diese Weise Einfluss nimmt auf das Abstimmungsverhalten der einzelnen Vertreter und damit wiederum auf die Entscheidung der Härtefallkommission, ob ein Ersuchen an den Innenminister mit dem Ziel der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis im Sinne des § 23a Aufenthaltsgesetz.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist die gesetzliche Möglichkeit gegeben, bis dahin rechtlich nicht lösbare Fälle durch eine Härtefallregelung doch noch zu Gunsten der Betroffenen Flüchtlinge zu lösen, selbst wenn dies nur Einzelfälle betrifft. Ein Rückzug des Flüchtlingsrates aus der Härtefallkommission in dieser sowohl in politischer als auch in gesellschaftlicher Hinsicht entscheidenden Phase wäre nach unserer Auffassung kontraproduktiv und ein falsches Signal.

Mehr Informationen zur HFK: www.frsh.de/behoe/hfk.html



Flüchtlingslager in Kabul

Im November 2004 besuchte eine 10-köpfige Delegation unter Beteiligung des Flüchtlingsrates SH die afghanische Hauptstadt, um sich ein Eindruck über die tatsächlichen Rückkehrchancen und -risiken für Exil-AfghanInnen zu verschaffen.

baltic-refugee-net
Ostseekooperation in der Flüchtlingshilfe

Astrid Willer

Seit 2001 betreibt der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein die Internet-Seite www.baltic-refugee.net Diese Seite soll dem Informationsaustausch und der Vernetzung der solidarischen Flüchtlingshilfe in der Ostsee-Region dienen. Angesichts der Harmonisierung der EU-Asylpolitik und der EU-Osterweiterung besteht dafür Bedarf. Unter www.baltic-refugee.net finden sich Information über die Asylpolitik und –gesetzgebung in den verschiedenen Ostseeanrainerstaaten, Hinweise auf Entwicklungen in der EU-Politik und Adressen und links zu Organisationen und Beratungsstellen der Flüchtlingshilfe in der Region sowie zu Behörden und Gesetzestexten. Diese Informationen sind auch als Service für die Einzelfallhilfe zu nutzen, z. B. wenn Flüchtlinge auf dem Weg nach Schweden in Schleswig-Holstein gestrandet sind, oder jemand nach Polen zurückgeschoben werden soll, weil er/sie von dort eingereist ist. Zur Entstehung dieser Website trugen eine Recherchereise nach Polen und in die Baltischen Staaten sowie eine internationale Konferenz bei, die der Flüchtlingsrat in 2001 durchführte. Seit Mai 2004 sind Polen und die Baltischen Staaten Mitglied der EU. Gleichzeitig werden aktuell gemeinsame Richtlinien zu Asylverfahren und Aufnahmebedingungen von Flüchtlingen in der EU verabschiedet und der Umgang mit Flüchtlingen an den Rändern Europas hat durch die Ereignisse z.B. um die „Cap Anamur“ im Berichtszeitraum neue Aktualität gewonnen.

Zielsetzung

Ziel des diesjährigen Ostsee-Projektes war es, vor dem Hintergrund des erfolgten EU-Beitritts eine Bestandsaufnahme der veränderten Situation für Flüchtlinge in den neuen Aufnahmeländern zu erarbeiten und außerdem Flüchtlinge mit ihrem Hintergrund, den Fluchtursachen, dem Fluchtweg und der aktuellen Lebenssituation vorzustellen. Dies geschah im Rahmen von zwei Recherchereisen nach Polen. Eine ursprünglich geplante Reise nach Litauen kam aufgrund des späten Eingangs aller Förder-Bescheide und dadurch auftretender Terminprobleme nicht zustande. Dies führte auch dazu, dass die Recherchen in Polen sich auf zwei Reisen erstreckten um die Termine mit den gewünschten AnsprechpartnerInnen ermöglichen zu können. Positiv wirkte sich dieses Vorgehen insofern aus, als anhand der Kontakte und Erfahrungen des ersten Besuches schon Anhaltspunkte für inhaltliche Schwerpunkte und sinnvolle weitere Kontakte entwickelt wurden. Es gelang wie gewünscht Gespräche sowohl mit Institutionen, die im Rahmen der Flüchtlingshilfe tätig sind, über die aktuellen Entwicklungen im Rahmen der Flüchtlingspolitik Polens zu führen, als auch mit Flüchtlingen selbst über ihre Erfahrungen zu sprechen. Die Ergebnisse sind plangemäß dokumentiert auf der Projekt-Homepage www.baltic-refugee.net,

Finanzvolumen 15.000,- Euro gefördert durch Pro Asyl, Bingo Lotto, Heinrich-Böll-Stiftung

in einer Themenausgabe des Magazins „Der Schlepper“ (Nr. 28) sowie in der Broschüre „Dann wird´s kritisch“ und stehen somit einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Recherchen in Polen

Wolfgang Pomrehn wurde als Journalist und freier Mitarbeiter des Flüchtlingsrates mit der Vorbereitung, Durchführung und Recherche beauftragt. Im Rahmen zweier Polenaufenthalte vom 18. 7. – 22. 7. 2004 und vom 4. – 11. 11. 2004 führte er Gespräche mit Behörden sowie mit Organisationen und Institutionen der Flüchtlingshilfe. Es gelang ihm darüber hinaus , Kontakte zu einer Flüchtlingsselbstorganisation mit Sitz in Warschau aufzunehmen und mit den vorwiegend aus afrikanischen Ländern stammenden Flüchtlingen Gespräche über ihre Fluchtgründe und ihre Lebenssituation als Flüchtlinge sowie über die Ziele und Inhalte ihrer Arbeit in der Flüchtlingsvereinigung zu führen. Außerdem entstand ein Kontakt zu einer Organisation mit vorwiegend tschetschenischen Flüchtlingen, der „Errettungsstiftung.“

Wesentliche Punkte in diesem Zusammenhang waren die prekäre soziale Situation auch von anerkannten Flüchtlingen in Polen sowie der Bedarf, die polnische Gesellschaft über die Situation von Flüchtlingen zu informieren und Rassismus entgegenzuwirken.

Aus den Gesprächen mit Organisationen und Institutionen der Flüchtlingshilfe, dem UNHCR, der Helsinki Foundation und der Polnischen Humanitären Aktion wurde als eine zentrale neuere Entwicklung die Erteilung des Status „tolerated stay“ genannt.

Dieser Status berechtigt zum Aufenthalt aus humantären Gründen stellt aber keinen langfristigen Aufenthalt dar und läuft Gefahr die Zahl der Asylanerkennungen noch weiter nach unten zu drücken. Der geduldete Status berechtigt zwar zur Arbeitsaufnahme und Wohnungssuche, beinhaltet aber keine soziale Unterstützung. So dass bei den Flüchtlingen nach wie vor der Wunsch zur Weiterreise in den Westen bleibt. Ein weiteres Problem sind die Inhaftierungen an der Grenze von Personen, die ohne Visum einreisen wollen. Wer in dieser Situation Asyl beantragt bleibt bis zu Entscheidung über die Berechtigung, einen Antrag zu stellen in

Veranstaltungen:	Mai 2004: Vorstellung der Homepage beim DW in Hamburg
Veröffentlichungen:	• Themenheft „Ostsee und Europa“, „Der Schlepper“ Nr. 28, Sept. 04 • Broschüre „Dann wird‘s kritisch - Asyl in Polen. nach dem EU-Beitritt“, Dez. 2004. • zweisprachige Homepage www.baltic-refugee.net
Netzwerke & Kooperationspartner:	• Flüchtlinsvereinigung in Warschau, UNHCR , Polnische Humanitäre Aktion, Helsinki Stiftung, Legal Clinic Warschau, „Errettungsstiftung“, Asylbehörde Warschau. • Deutsche Partner sind Pro Asyl, EFF-Projekt Internationale Netzwerk ICF, Benita Suwelack FR NRW, Heinrich-Böll-Stiftung SH.

Aufsehen erregte auch der Segeltörn des Zweimasters Carola während der Kieler Woche 2004. Das Segelschiff tuckerte - mit einem großformatigem Transparent „Bleiberecht für Flüchtlinge“ bestückt – an der Kiellinie entlang und wurde an Land von Flugblatt verteilenden Grüppchen des Bleiberechtsbündnisses begleitet.

Zielsetzung

Ziel des diesjährigen Ostsee-Projektes war es, vor dem Hintergrund des erfolgten EU-Beitritts eine Bestandsaufnahme der veränderten Situation für Flüchtlinge in den neuen Aufnahmeländern zu erarbeiten und außerdem Flüchtlinge mit ihrem Hintergrund, den Fluchtursachen, dem Fluchtweg und der aktuellen Lebenssituation vorzustellen. Dies geschah im Rahmen von zwei Recherchereisen nach Polen. Eine ursprünglich geplante Reise nach Litauen kam aufgrund des späten Eingangs aller Förder-Bescheide und dadurch auftretender Terminprobleme nicht zustande. Dies führte auch dazu, dass die Recherchen in Polen sich auf zwei Reisen erstreckten um die Termine mit den gewünschten AnsprechpartnerInnen ermöglichen zu können. Positiv wirkte sich dieses Vorgehen insofern aus, als anhand der Kontakte und Erfahrungen des ersten Besuches schon Anhaltspunkte für inhaltliche Schwerpunkte und sinnvolle weitere Kontakte entwickelt wurden. Es gelang wie gewünscht Gespräche sowohl mit Institutionen, die im Rahmen der Flüchtlingshilfe tätig sind, über die aktuellen Entwicklungen im Rahmen der Flüchtlingspolitik Polens zu führen, als auch mit Flüchtlingen selbst über ihre Erfahrungen zu sprechen. Die Ergebnisse sind plangemäß dokumentiert im Rahmen der Projekt-Homepage www.baltic-refugee.net, in einer Themenausgabe des Magazins „ Der Schlepper“ sowie in einer zusammenfassenden Broschüre und stehen somit einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Recherchen in Polen

Wolfgang Pomrehn wurde als Journalist und freier Mitarbeiter des Flüchtlingsrates mit der Vorbereitung, Durchführung und Recherche beauftragt. Im Rahmen zweier Polenaufenthalte vom 18. 7. – 22. 7. 2004 und vom 4. – 11. 11. 2004 führte er Gespräche mit Behörden sowie mit Organisationen und Institutionen der Flüchtlingshilfe. Es gelang ihm darüber hinaus , Kontakte zu einer Flüchtlingsselbstorganisation mit Sitz in Warschau aufzunehmen und mit den vorwiegend aus afrikanischen Ländern stammenden Flüchtlingen Gespräche über ihre Fluchtgründe und ihre Lebenssituation als Flüchtlinge sowie über die Ziele und Inhalte ihrer Arbeit in der Flüchtlingsvereinigung zu führen. Außerdem entstand ein Kontakt zu einer Organisation mit vorwiegend tschetschenischen Flüchtlingen, der „Errettungsstiftung.“

Wesentliche Punkte in diesem Zusammenhang waren die prekäre soziale Situation auch von anerkannten Flüchtlingen in Polen sowie der Bedarf, die polnische Gesellschaft über die Situation von Flüchtlingen zu informieren und Rassismus entgegenzuwirken.

Aus den Gesprächen mit Organisationen und Institutionen der Flüchtlingshilfe, dem UNHCR, der Helsinki Foundation und der Polnischen Humanitären Aktion wurde als eine zentrale neuere Entwicklung die Erteilung des Status „tolerated stay“ genannt.

Dieser Status berechtigt zum Aufenthalt aus humantären Gründen stellt aber keinen langfristigen Aufenthalt dar und läuft Gefahr die Zahl der Asylanerkennungen noch weiter nach unten zu drücken. Der geduldete Status berechtigt zwar zur Arbeitsaufnahme und Wohnungssuche, beinhaltet aber keine soziale Unterstützung. So dass bei den Flüchtlingen nach wie vor der Wunsch zur Weiterreise in den Westen bleibt. Ein weiteres Problem sind die Inhaftierungen an der Grenze von Personen, die ohne Visum einreisen wollen. Wer in dieser Situation Asyl beantragt bleibt bis zu Entscheidung über die Berechtigung, einen Antrag zu stellen in Haft. Es kommt bei dieser Prozedur an der Grenze auch zu Zurückschiebungen ohne dass die Gelegenheit zur Asylantragstellung gegeben wird.

Vernetzung

Zur Vertiefung der Reiseinformationen und weiterer Kontaktaufnahme mit VertreterInnen der Flüchtlingsarbeit aus den neuen Beitrittsländern, dem UNHCR und VertreterInnen von EU-Institutionen dienten die Teilnahme an der Europa-Tagung des DW der EKD in Berlin und einer Pro Asyl Europa-Tagung in Bad Boll. Auf beiden Tagungen waren die Auswirkungen der EU-weiten Harmonisierung der Asylpolitik insbesondere mit Blick auf die neuen Beitrittsländer Thema. Es boten sich hier außerdem zahlreiche Möglichkeit zur Aufnahme bzw. Vertiefung von Kontakten im Sinne einer verstärkten Vernetzung sowohl bundesweit als auch in Richtung der Osteuropäischen Beitrittsländer.

www.baltic-refugee.net

Die Homepage www.baltic-refugee.net wurde neu strukturiert und erhielt damit deutlicher den Charakter einer Service-Seite mit mehr Informationen über die Asylgesetzgebung in den Ostseeanrainerstaaten und einem ausgeweiteten und kommentierten Adressteil zu Organisationen in den verschiedenen Staaten. Die Informationen wurden im Fortgang des Projektes laufend aktualisiert. Im Berichtszeitraum ist es gelungen die Projekt-homepage in ein der praktischen Arbeit der Migrationssozialberatung dienlicheres Format zu bringen und sie ständig insbesondere in Hinblick auf Informationen zu Polen zu aktualisieren.

Im Rahmen der Teilnahme an Tagungen und den Recherchereisen konnten sowohl vorhandene Kontakte zu Institutionen der Flüchtlingshilfe in Polen (s.o.) intensiviert als auch neue geknüpft werden.

Mehr Informationen:
www.baltic-refugee.net

Projekt „Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge" und *lifeline* - Vormundschaftsverein

Marianne Kröger/Margret Best

Das EFF-Projekt „Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein" lief vom 1. Februar 2004 bis 31. Januar 2005. Margret Best hat von 1. Februar 2004 bis Ende Mai 2004 ehrenamtlich im Projekt mitgearbeitet, danach bis Projekt-Ende hauptamtlich.

Marianne Kröger hat von 1.2.2004 bis 30.11.2004 hauptamtlich den Arbeitsbereich Kinderflüchtlinge im Flüchtlingsrat koordiniert. Schon in den Vorjahren haben beide Mitarbeiterinnen im Flüchtlingsrat den Arbeitsbereich UMF aufgebaut. Marianne Kröger arbeitet seit Dezember 2004 ehrenamtlich für „*lifeline* - Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V."

Ziele des Projekts Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein 2004

1. Gründung des Vormundschaftsvereins *lifeline*

Dieser wurde im August 2004 als eigenständiger Zweigverein innerhalb des Gesamtvereins Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. gegründet. Er ist inzwischen eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Die Satzung von „lifeline - Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V." wurde von 16 Gründungsmitgliedern am 14.8.2004 beschlossen. Es wurden ein dreiköpfiger Vorstand gewählt sowie vorerst eine Beisitzerin (es besteht die Möglichkeit, zwei BeisitzerInnen zu wählen):

Vorsitzender Hans-Peter Feldhusen, Sozialpädagoge i.R. aus Büdelsdorf, stellvertretende Vorsitzende Elisabeth Hartmann-Runge, Pastorin aus Lübeck und Vorsitzende des Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., Schatzmeisterin Doris Reichhardt, Lehrerin aus Lütjenwestedt. Beisitzerin Andrea Drünert, Ärztin und Psychotherapeutin aus Lensahnerhof.

Im Berichtszeitraum hat sich die Anzahl der Mitglieder auf 23 erhöht.

Arbeitsschwerpunkte des neuen Vereins lifeline und des EFF-Projektes sind: die Gewinnung von EinzelvormünderInnen, deren Vermittlung, die Kontaktaufnahme zu den minderjährigen Flüchtlingen, die Beratung und Begleitung der VormünderInnen und ihrer Mündel sowie die Qualifizierung der EinzelvormünderInnen und MultiplikatorInnen.

2. Leitfaden

Die Erstellung eines „Leitfadens für die Vormundschaftsarbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen" wurde von Margret Best im Jahr 2004 nach umfangreicher Recherche erarbeitet. Der Leitfaden soll Anfang 2005 erscheinen und wird u.a. Informationen über die rechtlichen Grundlagen der gesetzlichen Vertretung eines UMF

Finanzvolumen 51.580 Euro (inkl. valorisierte ehrenamtliche Tätigkeit) gefördert durch Arbeitsagentur, Pro Asyl, Europäischen Flüchtlingsfonds, Land Schleswig-Holstein, TdH, BingoLotto

geben, Tipps und Hilfen für die praktische Vormundschaftsarbeit enthalten und über das landes- und bundesweite Netzwerk zur Unterstützung von minderjährigen Flüchtlingen informieren. *(www.frsh.de/leitfaden/inhalt_leitfaden.htm)*

3. Beratung und Betreuung

Bei der Fortsetzung und Intensivierung der laufenden Arbeit für Kinderflüchtlinge ging es darüber hinaus insbesondere um die Interessenvertretung der Mündel im Asylverfahren, die Vermittlung von Rechtshilfe, Fragen der Unterbringung und Versorgung, die Vermittlung von medizinischer und psychotherapeutischer Behandlung, die Vermittlung von Sprachkursen sowie um Urlaubs- und Krankheitsvertretungen für EinzelvormünderInnen. Bei dieser Arbeit befasste sich Marianne Kröger mit der Beratung und Begleitung der bereits im Jahr 2003 eingerichteten sowie um die im Jahr 2004 neu dazugekommenen Vormundschaften.

4. Fortbildungen

Beide Mitarbeiterinnen haben zahlreiche die Fortbildungsveranstaltungen für VormünderInnen und Interessierte organisiert (s.u.).

5. EAE Lübeck

Erheblichen Anteil an der Arbeit hat die Kontaktaufnahme zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Lübeck. Die Besuche bei den dort untergebrachten Jugendlichen erfolgen bei Bedarf und über Vermittlung der Verfahrensberatung des Diakonievereins Migration. Im Berichtszeitraum wurde auch häufiger als im Vorjahr Kontakt zu minderjährigen Flüchtlingen unter 16 hergestellt.

6. Lobbyarbeit

An Lobbyarbeit liefen Gespräche im Innenministerium zur Problematik des Verwaltungsumgangs mit UMF, Gespräche mit Parteien und Briefwechsel mit dem Ministerium für Bildungsministerium bzgl. der Schulpflicht von 15 bis 18 jährigen Flüchtlingen in Schleswig-Holstein.

Statistik

Ende 2004 wurden neben den Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen 11 junge Volljährige begleitet und beraten. Es wurden 35 EinzelvormünderInnen und 2 Amtsvormünder in ihrer Vormundschaftsarbeit begleitet und beraten. Die Herkunftsländer sind Afghanistan, Albanien, Sudan, Angola, Kongo, Jemen, Aserbaidschan, Russische Föderation, Rumänien, Algerien, Ukraine, Türkei, Serbien/Montenegro, Irak, Iran, Pakistan, Syrien.

Vermittlung von Rechtsbeistand und finanziellem Zuschuss wurde in 15 Fällen geleistet,

Vermittlung von psychotherapeutischer Behandlung war in 12 Fällen erfolgreich.

Zum aktuellen Stand des Projekts: www.frsh.de/umf_proj.html

Veranstaltungen:

14. April 2004 – Workshop in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Ausländ erangelegenheiten, *„Reichweite der gesetzlichen Vertretung des Vormundes für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge im Asylverfahrensrecht und Ausländerrecht, bei Rückführungen und Abschiebungen“*, Neumünster.

28. April 2004 – Fortbildung **„***Gesundheitsversorgung und Psychotherapiebedarf bei UMF“,* Kiel

5. Juni 2004 – Tagesseminar für VormünderInnen *„Interkulturelle Kompetenz“, Kiel*

13. Oktober 2004 – Fachveranstaltung *„ Leitfaden für die Vormundschaftsarbeit mit UMF in Schleswig-Holstein“,* Kiel

2. November 2004 – Erfahrungsaustausch mit VormünderInnen *„Zwischen zwei Welten – Wie verhalten wir uns, wenn ein Kontakt zu den Eltern der Jugendlichen entsteht?“*, Kiel

24. November 2004 – Fortbildung *„Das Zuwanderungsgesetz und seine Konsequenzen für die praktische Arbeit der VormünderInnen“*, Kiel

Bericht über die Gründung des Vormundschaftsvereins *lifeline* im *Migrationsforum Ostholstein*, Eutin.

Vortrag „ Was hat die Ausländerbehörde zu beachten, wenn Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge in andere EU-Mitgliedsstaaten überstellt oder in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden“, Arbeitskreis Asyl vom Diakonischen Werk Rendsburg

Veröffent-lichungen:

April 2004, *„Unterstützen-Beistehen-Fördern – Einzelvormundschaften für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge“* in PRO ASYL-Heft zum *Tag des Flüchtlings 2004*

April 2004: *Dokumentation* des Workshops *„Reichweite der gesetzlichen Vertretung des Vormundes für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge im Asylverfahrensrecht und Ausländerrecht“*, Hrsg. Flüchtlingsrat SH

14.8.2004: *Presseerklärung* zur Gründung des Vormundschaftsvereins *lifeline* e.V.

April 2004: *„Rückschiebung-Abschiebung-Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“*, in Der Schlepper Nr. 26/2004.

Juni 2004: *„Deutschland soll die Diskriminierung ausländischer Kinder beenden“,* Margret Best, *„Warum Bleiberecht für Kinderflüchtlinge?“,* Margret Best/Marianne Kröger, in Der *Schlepper Nr. 27.*

September 2004: *„Eine Rettungsleine für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“*, Marianne Kröger, *„Diskriminierung ausländischer Kinder in Deutschland beenden“*, Margret Best, in Der Schlepper Nr. 28

Dezember 2004: *„lifeline – Vormundschaftsverein stellt sich vor“*, Margret Best/ Marianne Kröger, in Der Schlepper Nr. 29/30.

Netzwerke & Kooperationen:

Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein
Verfahrensberatung des Diakonieverein Migration in Lübeck
Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für MigrantInnen Kiel
Refugio, Zentrum für Folter-, Flucht- und Gewaltopfer in Schleswig-Holstein
Christlicher Verein in Kiel
Migrationssozialberatungsstellen der Kreise
einige Jugendbehörden der Kreise und kreisfreien Städte
div. RechtsanwältInnen und ÄrztInnen
UMF-Projekte anderer Flüchtlingsräte
Terre des hommes

Koordination der EQUAL Entwicklungspartnerschaft *perspective*

Claudia Langholz

Im Rahmen der EU Gemeinschaftsinitiative EQUAL werden neue Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten jeglicher Art im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt gefördert und erprobt. Unter der Koordination des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V. arbeitet die Entwicklungspartnerschaft *perspective* – ein Verbund der Organisationen Flüchtlingsrat S-H e.V., Bildungswerk anderes lernen e.V./Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein, Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für MigrantInnen e.V. (ZBBS e.V.) und UmweltTechnikSoziales e.V. (UTS e.V.).

Die EP erprobt spezifische beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen und entwickelt diese weiter, verankert ein Netzwerk zur Förderung der beruflichen Qualifizierung und Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge und fördert die Interkulturellen Kompetenz von MitarbeiterInnen in Behörden, Verbänden, Vereinen, Beratungsstellen usw.

Seit drei Jahren arbeitet das Netzwerk *perspective* unter der Koordination des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein. Im Rahmen der Koordination werden auch die Teilprojekte „Transnationale Koordination" und „MultiplikatorInnenschulung" durchgeführt. Die Netzwerkstruktur hat sich bewährt und eine gegenseitige Unterstützung und Beratung, sowie Nutzung der jeweiligen Stärken ist gewährleistet.

Der Arbeitsbereich der Mittelakquise, des Finanzmanagements und Controllings und Verwaltung nahm einen großen Raum ein.

Die drei Qualifizierungsmaßnahmen *restart* (FRSH), *quita!* (ZBBS) und *mok wat* (UTS) konnten in 2004 erfolgreich durchgeführt werden. Insgesamt nutzten bislang 360 Flüchtlinge mit ungesichertem Status aus allen Landesteilen die Qualifizierungsangebote. Die Herkunftsländer der TeilnehmerInnen sind u.a. Armenien, Aserbaidschan, Dagestan, Iran, Irak, Kosovo, Kongo, Syrien, Serbien, Tschetschenien, Türkei, Ukraine.

Finanzvolumen 145.779 Euro
Gefördert von: Europäischer Sozialfond, Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Land Schleswig-Holstein

Durch Publikationen, laufend aktualisierte Internetpräsenz und Verschickungen von Informationspaketen wurden Inhalte, Ziele und Entwicklungen der EP *perspective* verbreitet. Kleinere Veranstaltungen in den Regionen Schleswig-Holsteins sowie die Präsenz in relevanten Gremien dienten der Verbreitung der Ansätze und Erfahrungen der EP.

Im Rahmen des sog. Thematischen Netzwerkes Asyl beim BMWA sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Asyl-Entwicklungspartnerschaften arbeitete die Koordination im Berichtszeitraum aktiv mit und gewährleistete so den Informationsaustausch wie auch die Entwicklung politischer Strategien in Richtung auf die Bundesebene.

Die transnationale Kooperation mit den Partnern aus Dänemark und Italien wurde auch in 2004 fortgesetzt, war im Berichtszeitraum aufgrund der Heterogenität der Projekte jedoch noch wenig erfolgreich im Hinblick auf die Entwicklung von Handlungsempfehlungen im Rahmen europäischer Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Mehr Informationen: www.frsh.de/perspective/index.htm

Veranstaltungen:

- Januar 2004: Schulung *Umsetzung der Strategie des Gender Mainstreaming am Beispiel der EP perspective*, Kiel
- März 2004: Schulung *Interkulturelle Kompetenz in der Arbeit mit MigrantInnen/ Flüchtlingen*, Kiel.
- April 2004, Konferenz „Wir ziehen Bilanz!", in Kooperation mit der Industrie und Handelskammer zu Kiel.
- Juni 2004: Schulung *Interkulturelle Konflikte verstehen*, Kiel
- September 2004: Schulung *Einführung in die Gewaltfreie Kommunikation nach Dr. Marshall Rosenberg*, Kiel.
- Dezember 2004: Schulung *Flucht aus dem Kaukasus – Ursachen und Hintergründe*, Kiel.
- Dezember 2004: Schulung *Arbeitsfähig, ohne Anspruch auf Grundsicherungs- und Eingliederungsleistung? Hartz IV und die Realität für Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt*, Rendsburg.

Netzwerke & Kooperationen:

- Steuerungsgruppe und Kooperationsrat der Entwicklungspartnerschaft perspective.
- Kooperationspartner waren das Innenministerium Schleswig-Holstein, die Regionaldirektion Nord und Regionalstellen der Bundesagentur für Arbeit, der Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein, die Industrie- und Handelskammer zu Kiel; der Landesvolkshochschulverband Schleswig-Holstein, der Landesverband des Diakonischen Werkes SH, der DPWV, das Institut für Interkulturelles Training, das Lübecker Flüchtlingsforum.

EQUAL Teilprojekt „*restart* – Beruflicher Neuanfang für Flüchtlinge“

Farzaneh Vagdy-Voß/Astrid Willer

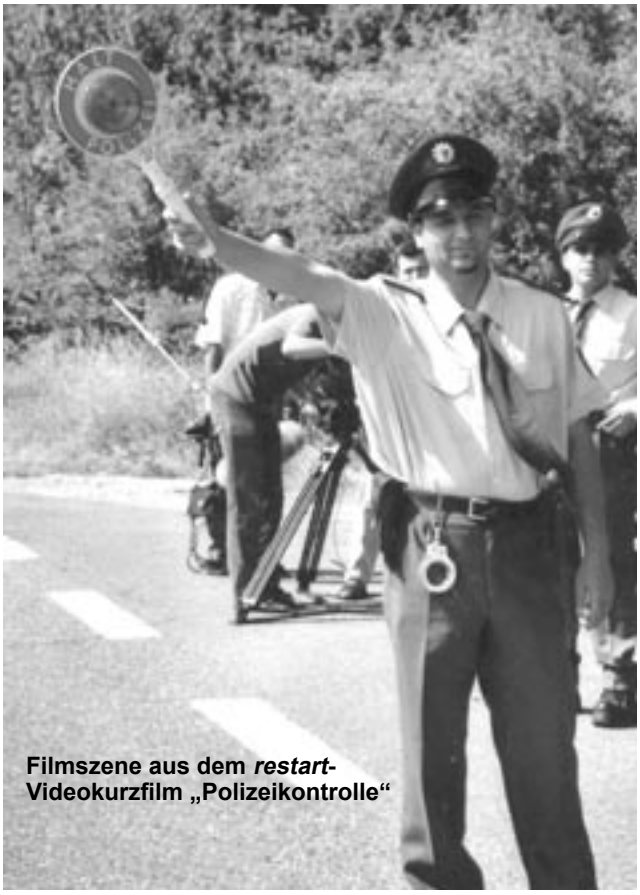
***restart* richtet sich an Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthalt, insbesondere an solche mit fortgeschrittenen Deutschkenntnissen und höherem Schul- bzw. Ausbildungsstand und Interesse an den inhaltlichen Schwerpunkten. Die TeilnehmerInnen erwerben Kenntnisse des deutschen Politiksystems und gesellschaftlicher Strukturen sowie EDV-Anwenderkenntnisse. Auf eine externe EDV-Prüfung an der VHS wird vorbereitet. Die Teilnahme an *restart* soll die Berufsfähigkeit der TeilnehmerInnen erhalten und erweitern und auf eine Tätigkeit in den Bereichen Verwaltung, in sozialen Initiativen und Einrichtungen oder in der Öffentlichkeitsarbeit vorbereiten.**

Eine *restart* Qualifizierungsmaßnahme dauert sechs Monate und setzt sich aus vier Modulen und einem Blockpraktikum zusammen. Der theoretische Blockunterricht findet zentral in Kiel statt und beinhaltet: Deutsch für den Beruf, Gesellschaftskunde, Büroorganisation und –kommunikation, EDV-Anwendung, Finanzverwaltung sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Praktika werden i.d.R. dezentral in Wohnortnähe der TeilnehmerInnen in sozialen Einrichtungen, Beratungsstellen und Vereinen sowie bei Verlagen, Zeitungsredaktionen und Rundfunksendern durchgeführt. Psychosoziale Beratung und Kinderbetreuung werden angeboten.

Der zweite *restart*-Lehrgang ging im März 2004 zuende. 17 von ehemals 19 TeilnehmerInnen konnten die Maßnahme abschließen. Die in 2003 erfolgte Konzeptänderung von 9 Monaten auf 6 Monate hat sich bewährt in der Hinsicht, dass fast alle TeilnehmerInnen dabei geblieben sind und auch, weil die Vorbereitung auf ein am Ende der Maßnahme angesiedeltes Praktikum intensiver war, was sich in dem in der Regel positiven Ablauf der Praktika wiederspiegelte. Negativ war ein gedrängter Zeitplan und relativ wenig Spielraum für aktuelle Änderungen oder gruppendynamische Interventionen.

Finanzvolumen 199.252 Euro
Gefördert von: Europäischer Sozialfond, Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Land Schleswig-Holstein

Ein Teilnehmer konnte direkt im Anschluss an die Maßnahme in eine Berufsfachschule vermittelt werden, ein anderer bekam durch sein Praktikum beim Landessportverband Kontakt zu verschiedenen Sportvereinen mit der Möglichkeit als Übungsleiter tätig zu werden, und eine weitere Teilnehmerin hat bei ihrem Praktikumsgebernach Abschluss der Maßnahme auf gemeinnütziger Basis weitergearbeitet.



Filmszene aus dem *restart*-Videokurzfilm „Polizeikontrolle“

Der dritte Lehrgang der Maßnahme *restart* hat planmäßig im April 2004 begonnen. Die TeilnehmerInnenzahl bestand aus ursprünglich 18 Personen, davon 5 weiblichen und 12 männlichen. Ein Teilnehmer hat aus familiären Gründen frühzeitig der Kurs abgebrochen. Alle 17 TeilnehmerInnen haben die Maßnahme bis zum Ende durchgeführt. Davon haben 9 TeilnehmerInnen mit dem Zertifikat „Teilgenommen“ und 8 Personen den Lehrgang „mit Erfolg“ abgeschlossen.

Das Praktikum haben 16 TeilnehmerInnen absolviert. Für einen Teilnehmer war aus aufenthaltsrechtlichen Gründen nur ein zweiwöchiges Praktikum möglich und nicht 4 Wochen wie bei den anderen Teilnehmern.

An der Computerprüfung haben 15 Personen teilgenommen, davon 12 mit der Note ausreichend bis sehr gut bestanden, 3 haben die Prüfung nicht bestanden Eine Person war in der Zeit in klinischer Behandlung. Für die Person war ein späterer Prüfungstermin geplant, der jedoch nicht zustande kam: Um eine drohende Abschiebung zu vermeiden, hat sich der Teilnehmer für eine freiwillige Rückreise entschieden und ist frühzeitig ausgereist.

Die TeilnehmerInnen waren in verschiedenen Regionen Schleswig-Holsteins wohnhaft und mussten teilweise sehr lange Anfahrtswege zur Maßnahme in Kauf nehmen.

Die TeilnehmerInnen im dritten Lehrgang waren zwischen 18 bis Mitte dreißig Jahre alt. Rund 40% hatten aufgrund ihres geringen Alters keine beruflichen Erfahrungen aus ihrem Heimatland. Gerade für diese TeilnehmerInnengruppe war das Praktikum besonders wertvoll, um Erfahrungen für das berufliche Weiterkommen sowohl in Deutschland als auch bei einer eventuellen Rückkehr zu erwerben. Eine Teilnehmerin bekam nach dem Praktikum ein Arbeitsangebot und durch das starke Engagement des Arbeitgebers beim Arbeitsamt konnte ein Vertrag abgeschlossen und eine Arbeitserlaubnis erwirkt werden Ein Teilnehmer hat noch ein weiteres Praktikum bekommen, wobei z. Zt. durch den Praktikumsgeber überlegt wird, das Praktikum in eine „Gemeinnützige zusätzliche Arbeit“ umzuwandeln. Ein anderer Teilnehmer bekam bei einer anderen Stelle ein Praktikum mit der Aussicht auf einen Job. Insgesamt war das Praktikum eine durchaus positive Erfahrung und ohne Ausnahme haben alle Praktikumstellen gute Zeugnisse geschrieben und waren ausgesprochen zufrieden. Ein Teilnehmer hat ein Angebot für einen geringfügigen Job bekommen, konnte diesen aber wegen

seiner Sozialhilfe nicht annehmen. Das Amt war auch nicht bereit, eine kleine finanzielle Unterstützung für eine sechswöchige Weiterbildungsmaßnahme in seinem Berufsbereich zu leisten, um seine beruflichen Perspektiven zu verbessern.

Die Praktikumstellen waren teilweise erstmalig mit Flüchtlingen im Kontakt; einige waren aber z.B. als Kooperationspartner des Flüchtlingsrates mit der Thematik vertraut.

Ein Gruppe von TeilnehmerInnen hat im Rahmen des dritten von insgesamt vier Modulen einen kurzen sowie einen längeren Film gedreht. Die Filme basierten auf eigenen Ideen der TeilnehmerInnen und wurden unter qualifizierter Anleitung selbständig gedreht und geschnitten. Die Filme sind als Videokassetten vervielfältigt worden.

Die andere Gruppe beschäftigte sich mit Layout und Präsentationen, dem Erstellen von Visitenkarten, Werbematerialien und mit Grafikprogrammen. Auf Initiative eines Teilnehmers wurde ein Kalender hergestellt, der den Fastenmonat Ramadan zum Thema hat.

Im November 2004 hat die vierte und letzte Maßnahme mit neun Männern und neun Frauen begonnen. Die Nachfrage war sehr groß. Insgesamt wächst das Interesse bei jüngeren Flüchtlingen. Es ist allerdings fraglich, ob für sie *restart* mit seinen eher hohen Leistungsanforderungen geeignet ist und nicht eigens Maßnahmen für junge Erwachsenen mit einem entsprechend gestalteten inhaltlichen und zeitlichen Rahmen für die Zukunft angeboten werden sollte.

In rechtlicher Hinsicht gab es im Berichtszeitraum 2004 kaum Veränderungen oder Verbesserungen, sondern eher problematische Situationen. Manche Teilnehmerinnen hatten mit ständigen Umverteilungsablehnungen oder auch mit der Nichtanerkennung der Heirat aus dem Heimatland zu kämpfen. Außerdem hat die Diskriminierung im Alltag und durch Verwaltungshandeln bei einigen TeilnehmerInnen sichtbare Narben hintergelassen. Rückblickend auf die bisherigen Maßnahmen lässt sich allerdings sagen, dass ca. 30 % der TeilnehmerInnen entweder während oder nach der Maßnahme eine Aufenthaltsverfestigung bekommen haben. Zwei TeilnehmerInnen mussten bisher ausreisen, für die übrigen ist der Ausgang des Verfahrens noch offen, auch hier ist bei einigen eine Aufenthaltsverfestigung absehbar.

Insgesamt ist festzustellen, dass durch die Maßnahmen bei PraktikumsgeberInnen Bewusstsein und Offenheit für die Zielgruppe und ihre speziellen Lebensbedingungen geschaffen wurde. Auch die Zusammenarbeit mit Sozial- und Ausländerämtern hat sich positiv entwickelt. Gegenläufig sind allerdings die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen in Hinblick auf Erteilung von Arbeitserlaubnissen und Aufenthalt.

Bisher war restart mit einer vollen Stelle, die Koordination und Beratung beinhaltetete besetzt. Die Beratung wird seit dem 1. Mai durch Farzaneh Vagdy-Voß als neue Mitarbeiterin auf der Basis einer halben Stelle durchgeführt, so dass die TeilnehmerInnen sich mit allen möglichen Fragen nun direkt an eine Beraterin wenden können. Die Koordination macht weiterhin Astrid Willer, ebenfalls mit einer halben Stelle.

Mehr Informationen: www.frsh.de/perspective/index.htm

Veranstaltungen:	Die in Kurs 2 erstellten drei Videofilme wurden im Offenen Kanal Kiel gesendet, die in der 3. Maßnahme erstellten Filme liegen als Videokassetten und demnächst auch als DVD vor und sollen 2005 ausgestrahlt werden. Filme aus Maßnahme 1 wurden schon mehrfach in Bildungsmaßnahmen oder bei Veranstaltungen Dritter als Infomedium zur Situation von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein genutzt.
Netzwerke & Kooperation:	VHS-Kiel für die EDV-Prüfung, die Migrationsozialberatungstellen der Kreise, der Offene Kanal Kiel für den Video-Unterricht, die Heinrich-Böll-Stiftung als Mitträger der Maßnahme und als Praktikumsgeber, die Isfa für das Bewerbungstraining sowie als Praktikumsgeber der Landessportverband, Caritas Lübeck, AWO Itzehoe, Diakonieverein Pinneberg, Vorwerker Diakonie in Lübeck, Infozentrum Eine Welt in Lübeck u.a.

Planungen: EQUAL Entwicklungspartnerschaften 2005 - 2007 „*Land in Sicht!*" und „*NOBI*"

Claudia Langholz

Im Berichtszeitraum war der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein in zwei Antragstellungen von EQUAL-Maßnahmen aktiv. Ziel der Bemühungen in 2004 war es ab 2005

- **die Trägerschaft und Koordinationsfunktion für die Entwicklungspartnerschaft (EP) *„Land in Sicht! - Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein"* mit der Zielgruppe der bleiberechtsungesicherten Flüchtlinge und Asylsuchenden sowie MultiplikatorInnen zu realisieren und**
- **die Bewilligung zur Trägerschaft des Teilprojektes *„Agentur für Bildungs- und Berufszugänge"* in der EP *„NOBI – Norddeutsches Beratungs- und Informationsnetzwerk zur beruflichen Integration von bleibeberechtigte MigrantInnen"*, zu erhalten.**

Beide Anträge sind im Dezember 2004 bewilligt worden.

Land in Sicht!

Die Entwicklungspartnerschaft „Land in Sicht!" wird zwischen 2005 und 2007 umgesetzt werden. Kooperierende Akteure sind der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., das Diakonische Werk Landesverband Schleswig-Holstein in Rendsburg, die Kieler Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für MigrantInnen e.V. (ZBBS e.V.) und der Bildungsträger Umwelt Technik Soziales (UTS e.V.) in Rendsburg.

Ziel der von diesen Akteuren geplanten Projekte ist die Verbesserung der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Das geschieht z.T. in Qualifizierungsmaßnahmen:

- *respect – Stärkung vorhandener Ressourcen für soziale Berufe* (DWSH)
- *Sprungbrett – Orientierung zu Bildung und Ausbildung* (ZBBS)
- *Case – Vermittlung von Schlüssel- und Teilqualifikationen in Handwerk und Dienstleistungen* (UTS)

Diese Qualifizierungsmaßnahmen sollen zentral in Kiel und dezentral in Rendsburg, Eckernförde, Flensburg, Heide, Pinneberg und Lübeck angeboten werden. Sie berücksichtigen insbesondere die Situation von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Frauen.

Im Rahmen des Teilprojektes des Flüchtlingsrates *„Infonet – Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge – Vernetzung, Information, Beratung"* wird eine zentrale Informationsstelle über Zugänge zum Arbeitsmarkt und über Qualifizierungsangebote für Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthalt aufgebaut.

Im Teilprojekt MultiplikatorInnenschulungen des Flüchtlingsrates sollen themen- und zielgruppenbezogene Fortbildungsmaßnahmen realisiert werden.

Land in Sicht! wird durch den ESF sowie durch Mittel des Bundes, der Arbeitsagenturen, des Landes Schleswig-Holstein und verschiedene Drittmittelgeber finanziert.

NOBI – Norddeutsches Beratungs- und Informationsnetzwerk zur beruflichen Integration von MigrantInnen

In der EP *„NOBI – Norddeutsches Beratungs- und Informationsnetzwerk zur beruflichen Integration von MigrantInnen"* übernimmt der Flüchtlingsrat ab Juli 2005 bis Ende 2007 die Trägerschaft des Teilprojektes „Agentur für Bildungs- und Berufszugänge" und der regionalen EP-Koordination in Schleswig-Holstein.

Die länderübergreifende Entwicklungspartnerschaft (EP) NOBI erstreckt sich auf Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Das Ziel ist die Verbesserung von Beschäftigungsmöglichkeiten für bleibeberechtigte MigrantInnen. Der Flüchtlingsrat konzentriert sich hier auf die Förderung von bleiberechtigten Flüchtlingen.

Das Teilprojekt des Flüchtlingsrates, die *„Agentur für Bildungs- und Berufszugänge"* soll Recherche, Information und Beratung umsetzen. NOBI wird vollständig durch ESF und Bundesmittel finanziert.

Podiumsdiskussion in Lübeck am 4.8.2004: „Schotten dicht? - Der Fall Cap Anamur oder Flüchtlinge und ihre Unterstützer im Fadenkreuz Europäischer Abschottungspolitik"
Fanny Dethloff - Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche, Doris Peschke - Churches Commission for Migrants in Europe, Norman Peach - Prof. f. Völkerrecht, Martin Link - Flüchtlingsrat SH, Stefan Schmidt - Kapitän der Cap Anamur (v.l.n.r.)

Projekt *Brise*
Qualifizierung von Ehrenamtlichen

Bernhard Karimi

Dieses vom Europäischen Flüchtlingsfonds geförderte Projekt dient der Unterstützung von ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Engagierten und hauptamtlich Tätigen durch Schulungen und Fortbildungen, durch Aufbereitung und Veröffentlichung von rechtlichen und anderen themenspezifischen Informationen und zur Unterstützung bei der dezentralen Lobby-, Öffentlichkeitsarbeit und beim Fundraising.

Fortbildungsbedarf und Fortbildungsangebote für Gruppen

...in der Flüchtlingsunterstützung

Die Beratung und Alltagsbegleitung von Flüchtlingen findet im Flächenland Schleswig-Holstein vielfach vereinzelt und durch Personen ohne Gruppenanbindung statt. Das gilt sowohl für Ehrenamtliche als auch für professionelle Beratungsstellen, die nur mit einer Person besetzt sind. Rückkopplung und Austausch über die persönlichen Beratungsstrategien oder über rechtlichen Fragen findet so bisweilen nur unzureichend statt.

Der Bedarf an fachlichem Input und Erfahrungsaustausch ist sehr hoch, wie eine Umfrage im Spätsommer 2003 bestätigte. Innerhalb des Projekts BRISE werden daher im Halbjahresabstand Seminarreihen unter dem Label „Gut Beraten“ angeboten. Sie versuchen die relevanten Beratungsthemen abzudecken. Die Seminare sind so gestaltet, dass die teilweise gegensätzlichen Bedürfnisse von Ehren- und Hauptamtlichen (Zeit, Ort, Frequenz) wechselweise bedient. Neben dem harten Kern der „Weiterbildungswilligen“ versucht BRISE durch Kooperationen auch immer Neulinge oder potentielle Neulinge für die Seminarteilnahme und danach für die Flüchtlingsarbeit zu gewinnen. In diesem Jahr gelang dies mit amnesty international, mit TeilnehmerInnen des Freiwilligen Sozialen Jahres und verschiedenen Autonomen Jugendzentren.

... für Flüchtlingsselbstorganisationen

Neben den Weiterbildungen für Flüchtlingsunterstützung fanden auch solche statt, die dem Empowerment der Flüchtlinge dienen. Im Vorfeld des Zuwanderungsgesetzes war unter den direkt von diesem Gesetz Betroffenen der Informationshunger besonders groß. Im Herbst gab dazu eine erste mehrsprachige Veranstaltung. 2005 wird dies verstärkt fortgesetzt.

Die TeilnehmerInnen der EQUAL-Qualifizierungsmaßnahmen gehören ebenfalls zu dieser Zielgruppe, die unterstützt durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen für die Flüchtlingsarbeit – nicht nur „in eigener Sache“ – interessiert oder ermutigt werden können.

Eine Gruppe tschetschenischer Flüchtlinge protestierte in der Schleswiger Innenstadt anläßlich des Staatsbesuchs Putins auf Schloss Gottorf im Dezember 2004

EDV- und Internetgestützte Flüchtlingshilfe — Internet-Präsenzen von Gruppen und Bündnissen

Es wurde mit verschiedenen Gruppen (dem Lübecker Flüchtlingsforum, dem kurdischen Verein Nasbun) über das Interesse am Erstellen eigener Internet-Präsenzen und die Möglichkeit der Unterstützung durch den Flüchtlingsrat gesprochen. Der damit verbundene Zeitaufwand und die langfristig gebundenen Kapazitäten schrecken ab. Die Unterstützungsangebote des Flüchtlingsrats sollten zukünftig großzügiger und niedrigschwelliger sein.

Im Zusammenhang mit der Preisverleihung des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ an vier Schleswig-Holsteinische Flüchtlingsorganisationen wurde eine gemeinsame Website *www.ausgezeichnete-fluechtlingssolidaritaet.de* ins Leben gerufen, die Selbstdarstellungen der honorierten Gruppen enthält. Die Internetsite *www.hiergeblieben.info* hat sich als Plattform für die Aktivitäten der Kampagne Bleiberecht Schleswig-Holstein etabliert. Sie dokumentiert Veranstaltungen und Aktionen, enthält eine Unterschriftenliste und stellt das Informationsmaterial der Kampagne zum downloaden zur Verfügung.

Finanzvolumen 100.000 Euro (inklusive valorisierter Eigenleistung)
Gefördert von: Europäischer Flüchtlingsfond, Land Schleswig-Holstein, PRO ASYL e.V., BingoLotto!, Heinrich-Böll-Stiftung SH

Beratungs- und Supervisionsangebote für Einzelpersonen

Öffentlichkeitsarbeit zu einer seit Jahren verwahrlosten Unterkunft für Flüchtlinge im Kreis Herzogtum Lauenburg wurde von zwei engagierten Mitgliedern vor Ort initiiert und vorangetrieben. Regelmäßig fand (und findet) Abstimmung und Austausch mit dem Projekt *Brise* über neue Entwicklungen und das weitere Vorgehen statt. Eng verbunden mit den Bemühungen um ein Ende des Unterbringungselends ist die ehrenamtlich geleistete Einzelfallberatung, bei deren Unterstützung das Projekt *Brise* durch Kontakte und Informationsbeschaffung behilflich ist.

Darüber hinaus blieb es das gesamte Jahr über bei einem konstanten Strom von Einzelanfragen (ca. 2 – 5 pro Tag), die eine Weitervermittlung oder Beratung in asylrechtlichen Fragen erforderten: Die Nachfrage nach asylrelevanten aktuellen Herkunftslandinformationen, zu bestimmten Verfahrensschritten (Widerrufverfahren, Familienzusammenführungen, Einbürgerungen), Perspektiven bei drohender Abschie-

bung, Informationen zur Härtefallkommission, zur Migrationssozialberatung oder anwaltlicher Hilfe.

Beratungs- und Supervisionsangebote für Gruppen

Das Öffentlichkeitsorgan des Lübecker Flüchtlingsforums, „Grenzenlos" soll ein Face-Lift erhalten. Zusammen mit dem Projekt *Brise* gab es Überlegungen zur Neugestaltung und Konzeption, sowie zur Finanzierung. Die Umsetzung ist für 2005 geplant.

Dort, wo der Flüchtlingsrat Selbstorganisation von Flüchtlingen oder Ansätze dazu erkennt, machte das Projekt *Brise* diesen Gruppen Unterstützungsangebote, die die interne Vereinsarbeit, die eigene Öffentlichkeitsarbeit betreffen. Im Jahr 2004 gab es diesbezügliche Kontakte zu Gruppen aus Togo (landesweit), Kongo/Angola (Kiel), Tschetschenien (Kreis Schleswig-Flensburg), Iran (Rendsburg) und Kurdistan (Kiel). Es wurden z.T. gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt, die Finanzierung von Aktionsmaterial unterstützt oder die Informationsinfrastruktur des Flüchtlingsrats zur Verfügung gestellt.

Redaktion *Der Schlepper*

Schließlich gehört die Mitarbeit in der Redaktion des Quartalsmagazins *„Der Schlepper"* zum Tätigkeitsbereich des Projekts *Brise*.

Mehr Informationen: www.frsh.de

Veranstaltungen:

- Reihe **„Gut Beraten bei der Unterstützung von Flüchtlingen"**
  Kooperation mit amnesty international:
  - 05.5.2004 Soziale Rechte von Flüchtlingen
  - 15.5 2004 Asylrecht/Osteuropa als Herkunftsregion
  - 05.6.2004 Traumatisierte Flüchtlinge

  ReferentInnen Volker Maria Hügel, Stefan Keßler, Andrea Koten:
- 25.5.2004 Podiumsdikussion
  Situation syrischer Kurden in Syrien und Deutschland
  Kooperation mit Freundschaftsges. Deutschland–Kurdistan „Nasbun", Kiel.
- 3.11.2004
  Wie ändert sich die Situation der Flüchtlinge mit dem neuen Zuwanderungsgesetz?
  deutsch/kurdisch RA Thomas Jung
- 18.10. u. 1.11.2004: Seminar **Gut Beraten:**
  Was bringt das Zuwanderungsgesetz für Flüchtlinge und Asylsuchende?
  Referenten: VM Hügel, Dirk Gärtner (IMSH)
- 21.4.2004 **Informationsveranstaltung mit TeilnehmerInnen des Freiwilligen Sozialen Jahres** (in Schleswig-Holstein 2004)
- 28.4.2004 **Unterrichtseinheit „Flüchtlingspolitische Arbeit in Schleswig-Holstein"** beim EQUAL-Projekt restart
- 21.4. u. 12.5.2004 **Informationen zu den Auswirkungen der Gesundheitsreform für Flüchtlinge**, Heike Daume, beim FR-SprecherInnenrat u. beim Runden Tisch Migration Flensburg.
- 11.9.2004 Infostand in Schleswig zum geplanten **Staatsbesuch Putin**s, Kooperation mit Gruppe tschetschenischer Flüchtlinge
- 21.12.2004 **Mahnwache in Schleswig zum Staatsbesuch Putins**
  Kooperation mit Gruppe tschetschenischer Flüchtlinge, Schleswiger Friedensforum & Gesellschaft für bedrohte Völker

Netzwerke & Kooperation:

amnesty international
Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Gesellschaft für politische Bildung e.V.
Schulen
Jugendeinrichtungen
FR- Mitglieder u.v.m.

Verfahrensberatung in der Abschiebehaft Rendsburg

Bernhard Karimi

Der Bedarf an rechtlicher Beratung, Information und Reflexion über die eigenen Handlungsmöglichkeiten unter den Abschiebehäftlingen ist sehr groß. Angst vor der unausweichlich gewordenen Abschiebung, Unverständnis über die Inhaftierung, das Geltend machen von Abschiebehindernissen wie gesundheitliche Situation, Familie, eine anstehende Eheschließung, aber auch Klagen über Umstände und Bedingungen der Haft bilden die Schwerpunkte der Beratung.

Wie in 2003 wurde die Verfahrensberatung regelmäßig einmal wöchentlich im Rendsburger Gefängnis angeboten. Bis Juni fand die Beratung unter Beteiligung der Bezirksgruppe Kiel von *amnesty international* statt.

Neben Bernhard Karimi ist seit März auch Silke Dietrich an der regelmäßigen Beratung beteiligt. Im Laufe des Jahres nahmen zwei weitere Interessierte und zwei Praktikantinnen kurzfristig an der Beratung teil. Wie im Vorjahr wurden bei Bedarf insgesamt sechs weitere Ehrenamtliche in die Beratung einbezogen, die über besondere Kompetenzen (Sprache, Zielstaaten, Jugendliche, Traumatisierung) verfügen.

Thematisch drehten sich die Beratungen u.a. um Asylfolgeanträge (5x), Krankheit und medizinische Versorgung (5x), Eheschließung (4x), Religionsausübung (3x). Bei den Klienten ging es um abgelehnte Asylsuchende (12x), Papierlose aus Schleswig-Holstein (7x) und Durchreisende, die in andere Schengenländer abgeschoben werden (7x). Sie kamen aus den folgenden Herkunftsländern: Türkei (11); Irak (7); Serbien/Montenegro (6); Algerien (6); Togo (5); Palästina (5); Iran (4); Sri Lanka (4); Kosovo (3); Ghana (3); Pakistan (3); Sudan (3); Afghanistan (2); Kamerun (2); Georgien (2); Bosnien, Jemen, Ägypten, Senegal, Libyen, Indonesien, Somalia, Vietnam, Tschetschenien, Indien (jeweils 1x). (Die Zahlen beziehen sich nur auf protokollierte Beratungsgespräche, ca. 140 Erstgespräche ohne Handlungsauftrag sind daher nicht in dieser Statistik enthalten.)

Kein besonderer Projektetat – Der Arbeitsaufwand im Jahre 2004 belief sich auf 20 Wochenstunden ehrenamtlich Tätigkeit von Silke Dietrich, sowie acht Wochenstunden von Bernhard Karimi. Die Verbrauchskosten in Form der wöchentlichen Fahrten nach Rendsburg betragen 900 Euro für 45 Pkw-Fahrten.

Die Zusammenarbeit mit der Verfahrensberatung des Diakonievereins Migration Rendsburg hat sich weiter intensiviert: Die Beratungen finden in enger Abstimmung und gegenseitigem Informationsaustausch statt.

Für eine effektive Beratung ist eine enge Vernetzung mit anderen Akteuren bezüglich der AHE notwendig: Beratungsstellen, RechtsanwältInnen, beteiligten Verwaltungsinstanzen, etc.

In diesem Zusammenhang gab es Gespräche mit

- der JVA, dem Landesamt für Ausländerangelegenheiten
- dem Justizministerium
- der Besuchergruppe der Christusgemeinde
- mehrere Briefwechsel mit dem Landesbeirat der AHE
- Gespräche mit der JVA Kiel über Abschiebehäftlinge dort
- einen erfolglosen Schriftwechsel mit dem BGS Puttgaarden
- Teilnahme am bundesweiten Vernetzungstreffen von Abschiebehaftgruppen in Paderborn

Mehr Informationen:
www.frsh.de/ Thema Abschiebungshaft

Veranstaltungen:

- 14. April 2004: Film und Diskussion
  ›Humane‹ Abschiebung aus Schleswig-Holstein
  Volkshochschule Rendsburg,
  Film *Ja, dann gute Reise…*
  Podiumsdiskussion: **Wie human kann Abschiebung sein?**
  mit Kirsten Schneider, Diakonisches Werk SH, Mitglied im ›Landesbeirat für den Vollzug der Abschiebungshaft in Schleswig-Holstein‹,
  Thomas Jung, Rechtsanwalt, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein;
  Frank Gockel, ›Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren‹.
  VeranstalterInnen: anderes lernen e.V., Heinrich Böll Stiftung, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., Gesellschaft für Politische Bildung e.V., Volkshochschule Rendsburger Ring e.V.
- Juni 2004 Film und Diskussion
  ›Humane‹ Abschiebung aus Schleswig-Holstein,
  Podiumsdiskussion mit Arno Köppen (Rechtsanwalt, Flüchtlingsrat), Dominik Mair (Netzwerk Asyl RD) und Bernhard Karimi (Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein).
  Veranstalter: die Rote Hilfe, Heinrich-Böll-Stiftung, Avanti, Kommunales Kino und Gegenwind.

Medien & Pressearbeit:

- Plakat und Einladungsfaltblätter zur Veranstaltung in Rendsburg am 14.4.2004
- Presserklärung 17.2.2004:
  Verzweiflungstat eines bosnischen Roma in Rendsburger Abschiebeknast - Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein regt Vorgriff auf Härtefallregelung an
- Presserklärung 5.5.2004:
  Keine Abschiebungen nach Togo! Flüchtlingsräte aus Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein fordern Aufenthaltsrecht für HIV-infizierten Togoer
- Presserklärung 10.12.2004:
  ... unter dem Schutz der staatlichen Ordnung?, Familientrennung bei Abschiebung - Flüchtlingsräte und PRO ASYL stellen Broschüre vor und fordern Gesetzesänderungen
- **Schlepper 26**:
  Erfahrungsbericht Landesbeirat A-Haft, Kommentar dazu von Thomas Jung, Buchbesprechung Heinhold: Abschiebehaft (Tim Schröder)
- **Schlepper 29/30**:
  Verborgen hinter Mauern (DW Schleswig-Holstein)
  Zur Praxis von Abschiebungen (Landesflüchtl.beauftragter)

Netzwerke & Kooperation:

amnesty international Bezirksgruppe Kiel
Diakonieverein Migration Rendsburg
Netzwerk Asyl Rendsburg
Gegenwind
Flüchtlingsrat Niedersachsen
PRO ASYL e.V.

Koordination des Bündnisses *Bleiberecht Schleswig-Holstein*

Bernhard Karimi

Das schleswig-holsteinische Bündnis „Recht auf Bleiberecht“ hat sich 2003 gegründet und setzt sich aus über 25 gesellschaftlichen Organisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Migrationsfachstellen und Solidaritätsgruppen zusammen. Es wirbt für ein großzügiges Bleiberecht für langjährig Geduldete, andere Ausreisepflichtige und Asylsuchende auch in Schleswig-Holstein.

Von den rund 25 Bündnispartnern beteiligen sich rund 10 Organisationen regelmäßig an der aktionsorientierten Bündnisarbeit. Dazu fanden sechs Treffen statt, die sich auf Kampagnenstrategie, Pressearbeit, das Werben neuer Bündnispartner, sowie auf die Vorbereitung konkreter öffentlicher Aktionen richteten. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit war die Entwicklung und Realisierung von Ideen zur Verbreitung der Forderungen und Ziele der Kampagne insbesondere bei bis dato für flüchtlings- und migrationspolitische Themen schwer erreichbaren Zielgruppen. Außerdem wurde eine überarbeitete Broschüre der Schleswig-Holsteinischen Kampagne erstellt, die die rechtlichen Hintergründe erläutert und mit zahlreichen Einzelfällen für Verständnis für das Anliegen der Kampagne wirbt. Darüber hinaus fanden eine Reihe dezentraler Veranstaltungen und zahlreiche Teilnahmen an Sportveranstaltungen statt.

Finanzvolumen 3.500 Euro Preisgeld vom Bündnis *Demokratie & Toleranz*, sowie Umlage der Bündnismitglieder

Veranstaltungen:

- 29. November 2004 Schauspielhaus Kiel **„All das werd ich nicht mehr sehen“**, Szenisch-musikalischer Abend zum Thema Flucht und Asyl
- 6. September 2004 **Preisverleihung durch das Bündnis für Demokratie und Toleranz** mit Heide Simonis u.a.; Gästehaus der Landesregierung SH; Preisträger: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein, Freundeskreis Flüchtlinge Pinneberg, Förderverein für die Integration von Migrantinnen und Migranten e.V. (FIMM e.V.) Eutin.
- 5. September 2004 - Flensburg - **Teilnahme am Flensburg Marathon YOU!MM**, „Team Hiergeblieben“ mit 20 LäuferInnen beim 1. European Minority Marathon Flensburg
- 7. Juli 2004 Demonstration in Kiel „Wer lange hier lebt, soll bleiben dürfen!“ anlässlich der Innenministerkonferenz in Kiel mit ca. 1000 TeilnehmerInnen
- 25. Juni 2004 Aktion **„Segeln für ein Bleiberecht für Flüchtlinge“**, ein transparentbewährtes Segelboot kreuzt anlässlich der Kieler Woche auf der Förde.
- 11. Juni 2004 Neumünster **15. Holstenköstenlauf**, Gruppe Grenzgänger mobilisierten 25 TeilnehmerInnen für das „Team Hierbeblieben!“.
- 9. Juni 2004 Bad Segeberg **Film- und Diskussionsabend im Jugendzentrum Bad Segeberg** zum Thema Flucht, Asyl und Bleiberecht. „Hotel am Kalkberg“-Jugendzentrum, in Kooperation mit DW-Flüchtlingshilfe Norderstedt.
- 20. April 2004 Kiel **Markt der Möglichkeiten in der Ludwig-Erhard-Schule** (das Kieler Berufsschulzentrum). Infostand und Filme: *Zurück nach Beirut* (Thema Schülersolidarität gegen Abschiebung) und *Ja dann, gute Reise* (Rendsburger Abschiebehaftgefängnis)
- 15. April 2004 Lübeck **Film- und Diskussionsveranstaltung** Film Zurück nach Beirut und Vorstellung von zwei beispielhaften Fällen

Medien & Pressearbeit:

- 2. Auflage der Broschüre Bleiberechtskampagne Schleswig-Holstein 2004
- Flugblatt zur IMK in Kiel, Juni 2004
- website www.hiergeblieben.info
- Umfrage unter den im Landtag vertretenen Parteien zu den Forderungen der Bleiberechtskampagne (Veröffentlichung im Schlepper 29/30)
- Presseerklärung 7.7.2004 zur Kieler IMK
- Presseerklärung 8.7.2004 zu den Ergebnissen der IMK
- Presseerklärung 6.9.2004 zur Ehrung des Bleiberechtsbündnis Schleswig-Holstein durch Heide Simonis u.a.

Medien & Pressearbeit (Fortsetzung):	• Presseerklärung zum Tag des Flüchtlings (1.10.2004): Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein fordert von Innenminister Klaus Buß Einsatz für Bleiberechtsregelung

Netzwerke & Kooperation:

Das Bündnis „Bleiberecht Schleswig-Holstein“ sind:

- Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V.
- Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein e.V.
- Ausländersolidarität, Leck
- Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein
- Caritasverband für Schleswig-Holstein e.V.
- contra, Beratungs- und Koordinierungsstelle für Betroffene von Frauenhandel in Schleswig-Holstein
- Diakonisches Werk Schleswig-Holstein Landesverband Innere Mission e.V.
- Die Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche
- Die Migrationssozialberatung in den Kirchenkreisen Stormarn und Segeberg
- Flüchtlingsforum Lübeck e.V.
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
- Forum für Migrantinnen und Migranten in Kiel
- Fremde brauchen Freunde, Husum
- Für Integration und Toleranz, FIT e.V., Bad Oldesloe
- Gesellschaft für politische Bildung e.V.
- Grenzgänger e.V., Neumünster
- Interkulturelles Kontaktcafé Abraham, Kiel
- Internationale Gruppe „Mondfrauen“, Norderstedt
- Landesarbeitsgemeinschaft Autonome Frauenhäuser Schleswig-Holstein
- Migrationssozialberatung der Diakonie in Norderstedt
- Norderstedter Förderverein Flüchtlingshilfe e.V.
- Support, Westerland
- Terre des Hommes Arbeitsgruppen Lübeck und Kiel
- Treff- und Informationsort für Migrantinnen e.V. (TIO), Kiel
- Via Beratung und Treff für Mädchen und Frauen, Eckernförde
- Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten e.V. (ZBBS)

Am Montag, den 29. November fand im Schauspielhaus Kiel ein szenisch-musikalischer Abend zum Thema Flucht und Asyl zusammengestellt vom Bleiberechtsbündnis Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Schauspielhaus Kiel statt:

„All das werd ich nicht mehr sehen“

Ein Abend mit Szenen, Gedichten und Liedern, die sich mit den unterschiedlichen Stationen der Flucht auseinandersetzen: Dem Verlust der Heimat, den traumatischen Erfahrungen von Krieg und Gewalt, der zumeist zwiespältigen Aufnahme in einem fremden Land.

Dabei wurden literarische Texte – etwa von Bertold Brecht, Imre Kertesz oder Nick Wood – abgewechselt mit Behördenpoesie, Gerichtsentscheidungen und Zeitungsberichten.

Foto: Benedikt Schraud und Anne Diedering

Presseerklärungen und -mitteilungen 2004

20.12.2004	Russischer Staatsbesuch auf Schloss Gottorf am 21.12.2004: Flüchtlingsrat fordert:· Keine Leisetreterei gegenüber Putin bei Menschenrechtsverletzungen und antidemokratischen Tendenzen!
10.12.2004	Internationaler Tag der Menschenrechte am 10.12.2004:... unter dem Schutz der staatlichen Ordnung? Flüchtlingsräte & PRO ASYL kritisieren Familientrennungen bei Abschiebungen.
9.12.2004	Zum Internationalen Tag der Menschenrechte Keine Menschenrechte für tschetschenische Flüchtlinge?
7.12.2004	Der Schlepper zur Landtagswahl 2005: Neuste Ausgabe des Quartalsmagazins des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein lässt Parteien flüchtlings- und integrationspolitische Fragen diskutieren
19.11.2004	Zum Ergebnis der Innenministerkonferenz in Lübeck: Flüchtlingsrat fordert Klarheit für afghanische Flüchtlinge, kritisiert die Weigerung der Innenminister, Kosovaren Bleiberecht zuzugestehen und fordert Bleiberecht für langjährig Geduldete
17.11.2004	Aufruf zur Demonstration bei der Innenministerkonferenz in Lübeck
12.11.2004	Hamburger Delegation aus Kabul zurück: Verfrühte und erzwungene Rückkehr der Flüchtlinge gefährdet die fragile Sicherheitslage in Afghanistan
30.09.2004	Zum 1. Oktober, dem Tag des Flüchtlings: Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein fordert von Innenminister Buß Einsatz für Bleiberechtsregelung
14.08.2004	EU-Sammelabschiebung ab Hamburg nach Togo und in andere afrikanische Länder. Protestaktion auf dem Hamburger Flughafen.
06.09.2004	Ehrung für Flüchtlingsrat und Bleiberechtsbündnis Schleswig-Holstein: · Heide Simonis und Cornelie Sonntag-Wolgast würdigen Engagement gegen den Trend zu furchtsamer Abschottung. · Preisträger fordern Ministerpräsidenten auf, Wladimir Putin auf Menschenrechtslage in Tschetschenien anzusprechen.
14.08.2004	Flüchtlingsrat gründet „lifeline“ Vormundschaftsverein für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
08.07.2004	Zum Ergebnis der Innenministerkonferenz in Kiel: Gnade scheibchenweise? Innenminister beschließen Abschiebung in Krisengebiete und wollen Bleiberechtsregelung erarbeiten
07.07.2004	Am Rande der Innenministerkonferenz: Vertreter des Kieler Innenministers empfängt Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen Karl Otto Meyer fordert großzügige Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge
18.06.2004	Chance vertan! Zuwanderungsgesetz bringt weder Bleiberecht noch bedarfsgerechte Härtefallregelung
17.06.2004	Zum Internationalen Tag des Flüchtlings: Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein begrüßt die Landtagsinitiative von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für eine Bleiberechtsregelung im Zuwanderungsgesetz
27.5.2004	Auch künftig: Entscheidungsstopps statt Bleiberechtsregelung Kieler Flüchtlingsrat befürchtet flüchtlingspolitische Restriktionen im weiteren Zuwanderungsgesetzverfahren
5.5.2004	Keine Abschiebungen nach Togo! Flüchtlingsräte Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein fordern Aufenthaltsrecht für HIV-Infizierten Togoer
8.4.2004	Veranstaltungshinweis: „Humane“ Abschiebung aus Schleswig-Holstein?
19.3.2004	Neue Gewalteskalationen im Kosovo Flüchtlingsrat SH und PRO ASYL fordern: Widerrufsverfahren gegenüber Kosovo-Flüchtlingen beenden!
26.2.2004	Freundeskreis Flüchtlinge Pinneberg ausgezeichnet vom Bündnis für Demokratie und Toleranz
17.2.2004	Verzweiflungstat eines bosnischen Roma in Rendsburger Abschiebeknast Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein regt Vorgriff auf Härtefallregelung an
15.2.2004	Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein Neuer Vorstand gewählt und Auszeichnungen erhalten
7.2.2004	Nordelbische Kirche prämiert Vormundschaftsprojekt des Flüchtlingsrates
30.1.2004	Mit HIV nach Togo? Flüchtlingsrat SH und Aids-Hilfe Kiel e.V. kritisieren den Versuch der Abschiebung und Inhaftierung
12.1.2004	Zur Übernahme des Vorsitzes der Innenministerkonferenz: Klaus Buß tritt für Bleiberecht für Afghanen ein Flüchtlingsrat begrüßt Initiative des Kieler Innenministers

Veranstaltungen des Flüchtlingsrates 2004

Datum	Titel	Veranstalter	Ort
15. Januar	Gender Mainstreaming	EP perspective	Kiel
27. Januar	Besuch der Erstaufnahmeeinrichtung	Bündnis div. Gruppen	Lübeck
07. Februar	Preisverleihung Förderpreis Eine Welt 2004	Nordelbische Kirche	Rendsburg
14. Februar	Afghanistan-Info-Tag	FRSH	Hamburg
17. Februar	Fachgespräch „Leitfaden für den Verwaltungsumgang mit jungen Flüchtlingen in SH“	FRSH/UMF-Projekt	Kiel
04/05. März	Wieviel Abschiebungshaft darf sich ein Staat leisten? Impulsreferat Martin Link, FRSH	DW SH, Diakonieverein Migration RD, Landesflüchtlings beauftragter	Rendsburg
10. März	MigrantInnen berichten über die Situation in ihren Herkunftsländern Afghanistan und Irak	FRSH/UMF-Projekt	Kiel
23. März	Interkulturelle Kompetenz in der Arbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen	EP perspective	Kiel
14. April	Film und Podiumsdiskussion „Ja, dann gute Reise …“	FRSH, Gesellschaft für polit. Bildung, Heinrich-Böll-Stiftung, VHS Rendsburg	Rendsburg
14. April	Workshop „Reichweite der gesetzlichen Vertretung des Vormundes für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Asylverfahrensrecht und Ausländerrecht“	FRSH/UMF-Projekt in Kooperation mit dem Landesamt für Ausländerangelegenheiten	Neumünster
20. April	Filme „Ja, dann gute Reise …“ und „Zurück nach Beirut“, Ausstellung „Kinder und Krieg“ innerhalb des „Markts der Möglichkeiten“ der Ludwig-Ehrhard-Berufsschule	FRSH, Ludwig Erhard Berufsschule	Kiel
21. April	„Multikulturelle Gesellschaft“ Referate von Astrid Willer und Bernhard Karimi, FRSH	Freiwilliges Soziales Jahr SH	Kiel
23. April	„Wir ziehen Bilanz“, Perspective für Flüchtlinge	EP perspective, IHK Kiel	Kiel
24. April	Seminarreihe Gut Beraten bei der Unterstützung von Flüchtlingen „Fluchtgründe“	FRSH/Projekt Brise	Bad Oldesloe
28. April	Schulung „Gesundheitsversorgung und Therapiebedarf bei jugendlichen unbegleiteten Flüchtlinge“n	FRSH/UMF-Projekt	Kiel
05. Mai	Seminarreihe Gut Beraten, „Soziale Rechte von Flüchtlingen in SH“	FRSH/Projekt Brise	Bad Oldesloe
12. Mai	Jugendrecht: Anspruch und Realität	FRSH/UMF-Projekt	Kiel
15. Mai	Seminarreihe Gut Beraten, „Einführung in das Asylrecht/ Osteuropa als Herkunftsregion“	FRSH/Projekt Brise	Bad Oldesloe
25. Mai	Aufruhr im Hinterland	FRSH/Projekt Brise	Kiel
05. Juni	Seminarreihe Gut Beraten „Traumatisierte Flüchtlinge“	FRSH/Projekt Brise	Bad Oldesloe
05. Juni	Interkulturelle Kompetenz im Umgang mit jugendlichen unbegleiteten Flüchtlingen	FRSH/UMF-Projekt	Kiel
09. Juni	Informationsveranstaltung „Flucht und Asyl“	FRSH/Projekt Brise, Jugendzentrum Hotel am Kalkberg	Bad Segeberg
21. Juni	Interkulturelle Konflikte verstehen	EP perspective	Rendsburg
25. Juni	Segelbootaktion zur Kieler Woche	FRSH & Bündnis Bleiberecht	Kiel
07. Juli	Demonstration zur Inneministerkonferenz	FRSH & Bündnis Bleiberecht	Kiel
04. August	Podiumsdiskussion „Schotten dicht?!“ Der Fall Cap Anamur	FRSH und Lübecker Flüchtlingsforum e.V.	Lübeck

Veranstaltungen des Flüchtlingsrates 2004 (Forts.)

14. August	Gründungsversammlung für den Vormundschaftsverein *lifeline*	Mitglieder aus FRSH/UMF-Projekt und VormünderInnen	Langwedel
14. August	Sommerparty	FRSH/UMF-Projekt	Langwedel
06. Sept.	Verleihung des Preises für ausgezeichnete Flüchtlingssolidaritäts arbeit an Flüchtlingsrat, Bündnis Bleiberecht u.a.	Bündnis Demokratie und Toleranz	Kiel
06. – 20. September	Ausstellung Kinder und Krieg	FRSH/UMF-Projekt, VVN	Kiel
06. Sept.	Film „Vielleicht habe ich Glück gehabt“	FRSH/UMF-Projekt, VVN, KoKi	Kiel
09. Sept.	Vortrag und Diskussion „Kindersoldaten: Zum Töten gezwungen“	FRSH/UMF-Projekt, terre des hommes	Kiel
14. Sept.	Film und Diskussion „Lilja4ever“	FRSH/UMF-Projekt , KoKi, contra	Kiel
16. Sept.	Caragakids, Theater	FRSH/UMF-Projekt	Kiel
17. Sept.	Gewaltfreie Kommunikation	EP perspective	Kiel
18. Sept.	Vortrag über die Arbeit des UMF-Projekts im Flüchtlingsrat	Afro-Europäischen Union Kiel e.V.	Kiel
21. Sept.	Film „Stärker als die Angst“	FRSH/UMF-Projekt, KoKi	Kiel
13. Oktober	Fachgespräch: „Leitfaden für den Verwaltungsumgang mit UMF in SH“	FRSH/UMF-Projekt	Kiel
18. Oktober	Seminarreihe Gut Beraten „Was bringt das Zuwanderungsgesetz für Flüchtlinge und Asylsuchende?“ Teil 1	FRSH/Projekt Brise	Kiel
28. Oktober	Informationsgespräch für Innenminister Klaus Buß mit Libchan Basajewa: „Keine inländische Fluchtalternative für Tschetschenen in Russland“	FRSH, Hamburger Stiftung für Politisch Verfolgte	Kiel
01. November	Seminarreihe Gut Beraten „Was bringt das Zuwanderungsgesetz für Flüchtlinge und Asylsuchende?“ Teil 2	FRSH/Projekt Brise	Kiel
02. November	Zwischen zwei Welten	FRSH/UMF-Projekt	Kiel
03. November	Informationsveranstaltung für KurdInnen: Wie ändert sich die Situation der Flüchtlinge mit dem neuen ZuwG?	FRSH/Projekt Brise, Verein Nasbun	Kiel
17. November	Podiumsdiskussion „Bleiberecht für alle Flüchtlinge“	FRSH, Pro Asyl, Lübecker Flüchtlingsforum	Lübeck
24. November	Das neue Zuwanderungsrecht	FRSH/UMF-Projekt	Kiel
27. November	Symposium „Kinder auf der Flucht“	FRSH,NEK-Flüchtlings-beauftragte, Vormundschaftsverein lifeline, AG kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg u.v.a.	Hamburg
29. November	„All das wird ich nicht mehr sehn“	Schauspielhaus, FRSH & Bündnis Bleiberecht	Kiel
03. Dezember	Filmabend „Arnas Kinder“, Einführung Martin Link, FRSH	Palästina Solidaritätsbündnis HH	Hamburg
07. Dezember	Zurück nach Kabul?	FRSH, Pro Asyl	Hamburg
08. Dezember	Film- und Diskussion „Ja, dann gute Reise …“ – Abschiebehaft in SH	FRSH/Projekt Brise	Bad Segeberg
09. Dezember	Flucht aus dem Kaukasus	EP perspective	Kiel
14. Dezember	Hartz IV und die Realität für Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt	EP perspective	Rendsburg
25 Termine	Kooperationsprojekt Dolmetschertreffen: Schulungs- und Fortbil dungsveranstaltungen für DolmetscherInnen zu rechtlichen u.a. Fragestellungen	Projekt Dolmetscher-Treffen, FRSH	landesweit

Der Vereinszweck des Flüchtlingsrates (§2 der Satzung)

Der Verein versteht sich als landesweite parteiunabhängige und demokratische Vertretung derjenigen, die sich für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein einsetzen.

Zweck des Flüchtlingsrates ist es, die Situation der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein zu verbessern, für die Achtung ihrer menschlichen Würde einzutreten und ein besseres Zusammenleben zwischen Einheimischen und Flüchtlingen zu fördern.

Insofern

- koordiniert er Aktivitäten von Initiativen von Flüchtlingen und für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein,
- schafft er Verbindungen der Gruppen und Einzelpersonen untereinander und zu politischen und sozialen Institutionen und Verbänden,
- fördert er den Austausch von Informationen zwischen den Gruppen und die Vertretung relevanter Informationen,
- koordiniert er politische Aktionen,
- nimmt er Einfluss auf den Entscheidungsprozeß der Ausländergesetzgebung im Land,
- vertritt er die Flüchtlingsarbeit gegenüber politischen Parteien, sozialen Institutionen und Verbänden, der Landesregierung etc. in Fragen der Flüchtlingsproblematik von überregionaler Bedeutung.
- führt er Bildungsveranstaltungen und Schulungen durch und ist Träger von Projekten und Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung.
- engagiert er sich auf der Grundlage von EU- und nationalen Richtlinien, Verordnungen und Programmen bei Maßnahmen, Projekten und der Einrichtung von Stellen zum „Schutz vor Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft"
- übernimmt und koordiniert der Verein Vormundschaften, insbesondere für minderjährige Flüchtlinge und betreibt Schulung, Begleitung und Werbung von EinzelvormünderInnen.

Der Verein verfolgt keinen Erwerbszweck, sondern ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.Der Verein trägt den Namen „FLÜCHTLINGSRAT SCHLESWIG-HOLSTEIN e. V.".

Mitgliedschaft

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
Oldenburger Str.25
24143 Kiel

Spendenkonto: Kontonr. 152 870
EDG Kiel (BLZ 210 602 37)

Der *Förderverein* ist gemeinnützig und stellt abzugsfähige Spendenquittungen aus. Er dient als Fond für Rechtshilfe oder bei besonderen sozialen Notlagen von Flüchtlingen.
Spendenkonto: Kontonr. 383 520
EDG Kiel (BLZ 210 602 37)

An den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
Oldenburger Str.25
24143 Kiel
Tel.: 0431-735 000
Fax: 0431-736 077
Email: office@frsh.de

Absender
Name:
Anschrift:

Telefon/Fax:

Email:

O Ich interessiere mich für die Arbeit und bitte um weitere Informationen.
O Ich möchte Mitglied beim Flüchtlingsrat werden und hiermit meinen Beitritt erklären:
  O als individuelles Mitglied
  O als delegiertes Mitglied der Gruppe/Organisation:

Mein jährlicher Mitgliedsbeitrag beträgt:
  O den Regelbeitrag von 18,40 Euro
  O den ermäßigten Beitrag von 9,20 Euro
  O den mir genehmen Beitrag von ..... Euro
  O ich beantrage eine beitragsfreie Mitgliedschaft

O Ich ermächtige den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. diesen Beitrag von meinem Konto abzubuchen.

Konto-Nr.:
BLZ:
Bankverbindung:

Datum:

Unterschrift:

Das Leitbild
des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.

Die Struktur

- Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ist der landesweite Zusammenschluss der Flüchtlingssolidarität und Flüchtlingsselbsthilfe in Schleswig-Holstein.
- Er ist Fachverband, Beratungs- und Dienstleistungsstelle sowie politisches Vertretungsorgan von Selbstorganisationen, Mitgliedsgruppen und Einzelpersonen.
- Seine Organe und Instrumente sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und die Geschäftsstelle.

Die Philosophie

- Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. sind seine Mitglieder.
- Diese treten ein für eine Gesellschaft, die uneingeschränkt die Menschenwürde aller achtet.
- Der Flüchtlingsrat ist parteilich und fordert für alle Menschen, dass sie unbeschadet von jedweder Beschränkung, Diskriminierung und Rassismus, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Der Flüchtlingsrat leistet direkte Hilfe.

Die Definition

- „Flüchtlinge" im Sinne des Flüchtlingsrates sind alle Migrantinnen und Migranten, die oder deren Angehörige ihr Herkunfts- oder ein Drittland wegen sie dort bedrohender prekärer Situationen verlassen mussten oder dorthin ausreisepflichtig sind.
- Fluchtgründe oder Rückkehrgefährdungen i.d.S. können sein:
  - staatliche oder nichtstaatliche politische Verfolgung,
  - Krieg oder andere militärische Gewalt und ihre Folgen,
  - ethnische oder gruppenspezifische Diskriminierung, Pogrome,
  - geschlechtsspezifische Gewalt, Versklavung,
  - Gefährdungen von Leib und Leben als ökologische bzw. wirtschaftliche Globalisierungsfolgen,
  - medizinische Unterversorgung.

Über parteilich

- Der Flüchtlingsrat ermittelt, vernetzt und fördert die dezentral im Flächenland in der Flüchtlingssolidarität engagierten Organisationen, Initiativen und Personen.
- Er initiiert und moderiert aus parteilicher Perspektive flüchtlings- und integrationspolitische Diskussionen über institutionelle, weltanschauliche oder ideelle Grenzen hinweg.

Themen & Instrumente

- Der Flüchtlingsrat sondiert akute und mittelfristige Themen und Strategien in internen Gremien (Mitgliederversammlung und Foren) und übergreifend in Arbeitskreisen und Netzwerken.
- Er setzt diese Themen in Beratung und anderen direkten Hilfen, Aktionen, thematischen Projekten oder Kampagnen um.
- Er vertritt seine flüchtlingspolitischen Anliegen im Zuge regelmäßiger direkter Lobbyarbeit gegenüber Parteien sowie kommunalen, Landes- und Bundesbehörden.

Profilierte Vielfalt

- Der Flüchtlingsrat pflegt Meinungsvielfalt bei gleichzeitiger Strategie- und Bündnisfähigkeit.
- Dies ist Ausdruck seines interkulturellen Profils, Grundlage seiner politischen Handlungsfähigkeit und erhält öffentliche Transparenz.

Gesellschaftliche Ziele

- Im Zuge seiner Öffentlichkeitsarbeit macht der Flüchtlingsrat die Ursachen und Verursacher von Flucht- und Migrationsbewegungen transparent, skandalisiert Rechtslagen und administrative Ausgrenzungen.
- Er legt die einer solidarischen Zivilgesellschaft entgegenstehenden Interessenlagen offen, diskutiert Motive und Konsequenzen nationaler und europäischer Abschottungspolitik.
- Gleichzeitig wirbt er gegenüber Politik und Gesellschaft für parteiliche Solidarität, für Respekt und für die Integration aller Flüchtlinge.

Förderung

- Der Flüchtlingsrat fördert die Kompetenz seiner Mitglieder durch themenspezifische Schulungen und Bildungsangebote.
- Der Flüchtlingsrat reagiert auf besondere Marginalisierungsbedingungen. Hierbei realisiert er exemplarische Projekte zur Integrationsförderung spezieller Gruppen oder setzt bspw. Kampagnen zur Beseitigung struktureller Diskriminierungen um.

Empowerment

- Der Flüchtlingsrat fördert durch strukturelle und direkte Hilfen Selbstorganisation und Empowerment.
- Der Flüchtlingsrat vermittelt und gewährt seinen Mitgliedern im Rahmen seiner Möglichkeiten Beratung und materielle und informative Strukturhilfen.

Das Mandat

- Die Menschenrechtsarbeit des Flüchtlingsrates ist antirassistisches zivilgesellschaftliches Engagement.
- Das von ihm Geleistete entspricht weitgehend staatlicher und gesellschaftlicher Pflichtaufgabe bei der Aufnahme, der Schutzgewährung und Integrationsförderung von Flüchtlingen.

Solidarität kostet Geld

- Der Flüchtlingsrat finanziert seine Arbeit – bei strikter Wahrung seiner Unabhängigkeit – wo es möglich ist durch öffentliche Gelder, Drittmittel und Spenden.
- Der Flüchtlingsrat organisiert und fördert die Möglichkeit direkten wie indirekten Engagements.

Beraten in den Mitgliederversammlungen im Februar und Juni 2004 und beschlossen durch die Mitglieder am 15. September 2004.